Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

43. Sitzung
29. September 2023

Beginn: 10.08 Uhr
Schluss: 15.20 Uhr
Vorsitz: Stephan Schmidt (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen
– Mitteilungen des Vorsitzenden,
– Überweisungen an die Unterausschüsse,
– Konsensliste,
– sonstige geschäftliche Mitteilungen,
soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde,
sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Weiteres siehe Beschlussprotokoll.

Bezirke

Punkt 1 der Tagesordnung

Schreiben BA Treptow-Köpenick – BzBm – vom 20.09.2023 — 1151 Haupt
Schule an den Püttbergen: Erweiterungsbau; 12589, Fürstenwalder Allee 18
Antrag zur Aufhebung einer Sperre
gemäß § 7 Haushaltsgesetz 2022/2023 in Verbindung mit § 24 Abs. 3 LHO und Auflage A. 8 und A. 15 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/2023

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) verweist auf die Vorlage, wonach es keine zustimmungspflichtigen Bedarfsänderungen gebe. Allerdings seien doch geringfügige Veränderungen angegeben worden. Welches seien dies? Hätten diese Auswirkung auf die Planungen?

Bezirksbürgermeister Oliver Igel (BA Treptow-Köpenick) erklärt, dass es sich komplett um Kostensteigerungen aufgrund der bekannten Kostensteigerungen durch Lieferengpässe und Preissteigerungen handle. Es gebe keine inhaltlichen Änderungen und keine Anpassungen an den Bau oder Bauverlauf.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Schreiben, rote Nr. 1151, wie beantragt zuzustimmen. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Regierender Bürgermeister – 03

Punkt 2 der Tagesordnung

Schreiben RBm -Skzl – CDO / VS 1 – vom 29.08.2023 — 1120 Haupt
Beauftragung einer Gutachten- und Beratungsdienstleistung – Rahmenvertrag Zielvereinbarungen gesamtstädtisches Steuerungsinstrument
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23
(in der 40. Sitzung am 13.09.2023 zur Sitzung am 29.09.2023 vertagt)

Dr. Kristin Brinker (AfD) führt aus, offensichtlich solle ein neuer Rahmenvertrag abgeschlossen werden. Welchen Umfang solle diese Beratung haben? Welches Zeitfenster sei angedacht?

Stefan Ziller (GRÜNE) bemerkt, der Senat versuche seit mehreren Jahren, das Instrument Zielvereinbarung als zentrales Steuerungsinstrument für gesamtstädtische Verantwortung zu

entwickeln. Die Ergebnisse der Zielvereinbarung zeigten, dass es noch nicht so richtig gelinge und auch die Skalierung nicht funktioniere. Jetzt noch einmal mehr auf Externe zu setzen und keine Kompetenz im eigenen Haus aufzubauen, sei nach seiner Ansicht nicht zielführend. Vielmehr solle intern Expertise aufgebaut werden.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) äußert, die Vorlage für nicht zustimmungsfähig zu halten. Die Aufgabe sei herausfordernd. Mit Sicht auf dieses Langzeitprojekt wäre es erforderlich, Expertise selbst in öffentlicher Hand vorzuhalten, sowohl personelle als auch technische Expertise. Für 500 000 Euro wäre es möglich, drei relativ gut qualifizierte Projektmanager zu beschäftigen. Zu dem Aufbau IT-gestützter Datenerhebung, Unterstützung und Begleitung bei Datenanalysen und ähnlichen Controllingprozessen gebe es nach seiner Kenntnis Softwareprodukte im Senat, die über genau dieses Leistungsspektrum verfügten. Insofern bitte er um einen Folgebricht, wenn bekannt sei, wie der Zuschlag nach dem Vergabeverfahren erfolgt sei und wenn das konkrete Konzept vorliege. Wie sei die Zusammenarbeit und Beteiligung der Bezirke geplant? Seien alternative Handlungsformen erwogen worden?

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) erklärt, die Zielvereinbarungen seien und blieben wichtiges Instrument; sie seien von der Vorgängerregierung übernommen worden. Am gestrigen Tag habe es eine Sitzung des Steuerungskreises für die Zielvereinbarung gegeben, in der Verständigung erzielt worden sei, wie die Zielvereinbarung neu ausgerichtet würden bzw. welche Themen relevant seien. Es sei beispielsweise Verständigung erzielt worden, für die bezirklichen Wahlämter eine Zielvereinbarung schließen zu wollen, damit die Bezirke die Wahlämter ständig und mit drei Mitarbeitenden einrichten könnten; es gebe allerdings noch Aufklärungsbedarf. Insofern biete sie an, schriftliche Erklärungen nachzureichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss fest, dass zur zweiten Lesung berichtet werde.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) ergänzt, er bitte in dem Bericht zu skizzieren, wie ein Konzept aussehen könnte, um mittel und langfristig betrachtet Projektmanagementkompetenz in der öffentlichen Verwaltung aufzubauen.

Stefan Ziller (GRÜNE) bemerkt, es sei ein guter und vertrauensbildender Schritt der Zusammenarbeit auch in Richtung der RdB-Klausur am Wochenende. Wenn die Expertise und Diskussion am Wochenende mit einflössen, wäre sicherlich eine Stärkung für das Funktionieren der Stadt.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, dass Frau Staatssekretärin Klement das Schreiben 1120 zurückziehe. Das Thema werde in der zweiten Lesung noch einmal behandelt.

Fortsetzung der Haushaltsberatungen 2024/2025 (1. Lesung)

Punkt 3 der Tagesordnung

	Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1100 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 – HG 24/25)**	1100 Haupt(f)

Mitberaten werden:

a)	Bericht SenFin – II B – vom 16.08.2023 **IKT-Titelliste 2024/2025**	1100 A Haupt
b)	Bericht SenFin – II B – vom 16.08.2023 **FM-Titelliste 2024/2025**	1100 B Haupt
c)	Bericht SenFin – II LGH – vom 05.06.2023 **Gender Budgeting** **hier: konzeptionelle Weiterentwicklung** gemäß Auflage A. 10 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1029 Haupt
d)	Bericht SenFin – LGH – vom 01.08.2023 **Gender Budgeting** **hier: Umsetzung** gemäß Auflage A. 10 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1029 A Haupt
d1)	Mitteilung – zur Kenntnisnahme – Drucksache 19/1123 **Entwicklung eines Gesamtkonzepts „Gender Budgeting Controlling“** **Drucksache 19/0400 – Bericht zu Auflagen –Teil 10c** (überwiesen gemäß § 32 Abs. 6 GO Abghs auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)	1029 B Haupt
e)	Bericht RBm – Skzl – III A 3 – vom 23.08.2023 **Aktuelle hauptstadtbedingte Ausgaben** gemäß Auflage A. 12 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1112 Haupt

f)	Vertraulicher Bericht SenFin – II B 23 – vom 23.02.2023 **Bericht aller öffentlichen Auftragsvergaben von Gutachten und Beratungsdienstleistungsaufträgen 2. Halbjahr 2022** gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	0511 A Haupt Vertrauliche Beratung
g)	Bericht SenFin – II D 24 – vom 15.08.2023 **Kosten für Migration und Fluchtunterbringung** (Berichtsauftrag aus der 37. Sitzung vom 07.06.2023)	1123 Haupt
h)	Bericht SenFin – II B – vom 30.08.2023 **Vorläufiger Jahresabschluss 2022** **hier: Rücklagen und Sondervermögen** (Berichtsaufträge aus der 37. Sitzung vom 07.06.2023 und aus der 38. Sitzung vom 21.06.2023)	0832 C Haupt
i)	Austauschfassung zur roten Nummer 0932 A: Bericht SenFin – II LIP 6 – vom 06.09.2023 **Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) zum 31.12.2022** gemäß § 5 Satz 3 und 4 SIWA ErrichtungsG	0932 A-1 Haupt
j)	Zwischenbericht SenFin – II LIP – vom 06.09.2023 **Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) zum 31.12.2022** (Berichtsauftrag aus der 39. Sitzung vom 30.08.2023)	0932 B Haupt
k)	Vorlage – zur Kenntnisnahme – Drucksache 19/1187 **Finanzplanung von Berlin 2023 bis 2027** (überwiesen zur Besprechung gemäß § 32 Abs. 6 GO Abghs)	1150 Haupt
l)	Bericht Senat von Berlin – Fin II B – vom 19.09.2023 **Statusbericht über die Haushaltslage per 30.06.2023** gemäß Auflage B. 121 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	0495 C Haupt

Vorsitzender Stephan Schmidt verweist einleitend auf die Regularien zur Haushaltsberatung.

Einzelplan 03 – Regierende Bürgermeisterin / Regierender Bürgermeister –

Sebastian Walter (GRÜNE) kündigt Nachreichung zweier Fragen kapitelübergreifend an und bittet um schriftliche Beantwortung. Wie ließen sich die Zeitabläufe bei allen Verfahren in der Senatskanzlei, Abläufe, Prozesse, Beschaffungsmaßnahmen, Ausschreibungen usw. maßgeblich verkürzen, im Idealfall bei einer Halbierung des Zeitablaufs? Was sei dafür jeweils konkret erforderlich, beispielsweise Gesetzesänderungen, personelle Ressourcen, Verwaltungsvorschriften usw.?

Christian Goiny (CDU) verweist auf seine Hinweise zu Beginn der Haushaltsberatungen in der allgemeinen Aussprache, dass dieses Thema auch weiterhin von Interesse sei. Er habe den Berichtswunsch bereits über alle Verwaltungen adressiert. Alle Senatsverwaltungen sollten dazu einen Fortschrittsbericht erstellen und seien eingeladen, weitergehende Ideen über die in den vorliegenden Berichten enthaltenen zu liefern.

Sebastian Walter (GRÜNE) begrüßt diesen Berichtswunsch. Sicherheitshalber würden die Fragen seiner Fraktion noch nachgereicht.

Vorsitzender Stephan Schmidt macht darauf aufmerksam, dass die Frist für die Einreichung der Fragen Mittwoch, den 4. Oktober 2023, 12.00 Uhr ende. Von der Senatskanzlei werde rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 03 am 15. November 2023 schriftlich ein Bericht an den Hauptausschuss erwartet.

Einzelplan 03 – Regierende Bürgermeisterin / Regierender Bürgermeister

Kapitel 0300 – Senatskanzlei

Mitberaten wird:

a) Bericht RBm – Skzl – IV A 26 – vom 13.09.2023 — 0580 C
Zeitplan, geplante Inhalte und Finanzierung der Weiterentwicklung von mein.berlin.de — Haupt
(Berichtsauftrag aus der 37. Sitzung vom 07.06.2023)

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet auch wegen der in dem Bericht avisierten Umsetzungsperspektive für das erste Quartal 2024 um einen Folgebricht. Er bitte um genauere Ausführungen über das Format der vertikalen Bürgerbeteiligung und deren Anwendungsgebiete sowie die entsprechenden Planungen.

Christian Goiny (CDU) bittet die Verwaltung um Prüfung, ob bei dem Mailaccount berlin.de, gern gegen Extrazahlung, das Speichervolumen kurzfristig verdoppelt werden könne. Bei allen Haushaltsberatungen sei schon darüber diskutiert worden; die Erklärungen, warum es nicht möglich sei, seien interessant. Er bitte darum, einen neuen Anlauf zu unternehmen.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) sagt einen entsprechenden Bericht zum ersten Quartal 2024 zu. Zur Frage von Abg. Goiny werde er zur zweiten Lesung berichten.

Stefan Ziller (GRÜNE) ergänzt die Prüfbitte, ob bei der Berliner Verwaltung der Mailspeicher ebenfalls verdoppelt werden könne. Auch dort gebe es Schwierigkeiten, wenn Mitarbeiter ständig Mails löschen müssten. Für den Folgebricht habe er eine weitere ergänzende Bitte, was genau beim Thema Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung besser werden solle, wie auch einfache Beteiligung ermöglicht werden könne. Auf berlin.de würden meistens über die Bezirkswebseiten Informationen zu den B-Plänen dargestellt; sie seien aber nur schwer lesbar. Werde in der Gestaltung der Website und Auffindbarkeit eine Verbesserung geplant? Er rege an, den Bericht bereits im Januar 2024 zu liefern.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) ergänzt, er werde auch die datenschutzrechtlichen Verpflichtungen darstellen, die im Rahmen von Löschkonzepten bestünden.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr.0580 C zur Kenntnis. Die Senatskanzlei werde gebeten, dem Hauptausschuss bis zum 31.01.2024 einen Folgebericht aufzuliefern, der erläutere, wie das Format und die Anwendungsgebiete der vertikalen Bürgerbeteiligung aussehen solle. Wie solle die Bürgerbeteiligung damit verbessert werden? Wie solle einfache Bürgerbeteiligung ermöglicht werden? Welche Optimierungsbestrebungen gebe es, um die Gestaltung, Struktur und das Einpflegen von Inhalten im Backend der Webseiten der Bezirksämter zu verbessern, um Informationen besser auffindbar zu machen. Die Senatskanzlei werde ferner gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 03 am 15.11.2023 zu erläutern, warum bisher eine kurzfristige Erhöhung der Speicherplatzkapazität der E-Mail-Accounts von berlin.de nicht möglich gewesen sei und wie diese Erhöhung kurzfristig realisiert werden könne. Es werde zudem um eine Darstellung gebeten, wie die Speicherkapazität der E-Mail-Accounts der Berliner Verwaltung insgesamt erhöht werden könne.

b) Bericht RBm – Skzl – I C 3 – vom 25.09.2023 1160
House of Games und dem dazugehörigen Konzept Haupt
(Berichtsauftrag aus der 37. Sitzung vom 07.06.2023)

Stefan Ziller (GRÜNE) stellt die Frage, wie konkret die Pläne für dieses und das nächst Jahr seien. Was sei in den nächsten Wochen und Monaten geplant? Seien auch die Mittel für die dort einziehenden Akteure veranschlagt?

Christian Goiny (CDU) erinnert an die von dem Vorgängersenat begonnene Schwerpunktsetzung; die CDU-Fraktion habe dies außerordentlich begrüßt. Es gebe unterschiedliche Akteure, die auch in den Prozess einbezogen worden seien. Er bitte um einen Folgebericht im ersten Halbjahr 2024, in dem über die Weiterentwicklung des Projektes berichtet werde. Wenn das Vorhaben mit Strahlkraft entwickelt werden solle, sei der Ansatz angemessen und nicht zu hoch. Der Prozess werde sich aber über mehrere Jahre hinziehen; das Projekt werde sich entwickeln und wachsen.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, es sei ein Erfolg, in Zeiten nicht wachsender Haushaltsmittel die Möglichkeit zu haben, diese Anschubfinanzierung im Haushalt abbilden zu können. Games sei eines der wirtschaftlich prosperierenden Themen der Stadt und habe hohe Regionalwirtschaftseffekte. Es gebe viele Multiplikatoren in der Stadt, die dieses beförderten. Berlin stehe zwar im Wettbewerb mit Nordrhein-Westfalen und Bayern, habe aber ganz klar den Anspruch, Games-Standort Nummer 1 zu werden. Die verschiedenen Multipli-

katoren, das Computerspielemuseum, die Ausstellung und die Initiativen privater Akteure sollten zusammengedacht werden. Es sei nicht geplant, das House of Games dauerhaft zu finanzieren. Vielmehr werde ein Impuls zur Gründung gesetzt. Perspektivisch sollte es sich dauerhaft tragen. Aktuell wirkten 20 Firmen und Institutionen mit. Er werde dazu noch einmal ausführlicher berichten. Er gehe davon aus, dass dieses Thema in der zweiten Lesung im Fachausschuss behandelt werde. Staatssekretär Biel führe für die Wirtschaftsverwaltung intensive Gespräche mit dem in seiner Zuständigkeit befindlichen Runden Tisch Games. Es gebe enge Abstimmungen, sowohl auf politischer Ebene als auch Fachebene, das Projekt gemeinsam zu schultern.

Stefan Ziller (GRÜNE) kündigt Nachreichung weiterer Fragen zum House of Games an, die von der Senatskanzlei zum Mai 2024 schriftlich in einem Bericht an den Hauptausschuss beantwortet werden sollen. Werde das House of Games im nächsten Jahr eröffnet, oder seien die im Haushalt geplanten Mittel in Höhe von 2 Millionen Euro lediglich Vorbereitungsmittel?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) antwortet, Ziel sei, für das House of Games in den kommenden zwei Jahren den Anschub zu finanzieren. Aktuell werde die Frage der Immobilie geklärt.

Christian Goiny (CDU) bittet, den Bericht im Mai des kommenden Jahres vorzulegen.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, dass der Bericht, rote Nr. 1160, zur Kenntnis genommen werde. Die Senatskanzlei werde gebeten, dem Hauptausschuss im Mai 2024 einen Folgebericht zum House of Games vorzulegen.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet um schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung gemeinsam mit Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –. Er bitte um Darstellung der Veränderungen der Personalentwicklungen im Detail. Wofür werde die Ansatzerhöhung bei den Beamtinnen und Beamten konkret personell genutzt?

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) schließt sich dem Berichtswunsch an. Er bitte um Darstellung von Veränderungen bei den Besoldungs- und Entgeltgruppen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss fest, dass die Senatskanzlei gebeten werde, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 03 am 15. November 2023 zu den Titeln 42201 und 42801 im Detail die Veränderungen in den Besoldungs- und Entgeltgruppen darzustellen und zu berichten, wofür der personelle Aufwuchs konkret genutzt werden solle.

Titel 42831 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung/Zweckbindung/Ausgleichsabgabe) –

Sebastian Walter (GRÜNE) legt dar, aus Bundesmitteln würde für die Smart Cities-Strategie Personal eingestellt werden können. Wofür seien diese konkret vorgesehen? Sei es eine Umsetzung der Projektgelder? Wie sei die Smart-Cities-Strategie personell unterfüttert?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) verweist auf einen umfänglichen Bericht zum Thema Smart Cities im Fachausschuss. Es gehe um Bundesmittel, verschiedene Projekte und hohe Beträge. Er rege an, dem Hauptausschuss den Bericht zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss fest, dass die Senatskanzlei gebeten werde, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 03 am 15. November 2023 zu erläutern, wie die Smart-Cities-Strategie personell unterlegt werden solle. Weiter solle der Bericht an den Fachausschuss zur Smart-Cities-Strategie auch dem Hauptausschuss zugeleitet werden.

Titel 42861 – Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Solidarischen Grundeinkommens (SGE) –

Dr. Kristin Brinker (AfD) interessiert, wozu dieser Titel konkret diene. Was sei konkret bei Titel 45902 – Personalgewinnungs- und Personalbindungsprämien – geplant? Beim Thema Geschäftsbedarfe gibt es einen Aufwuchs Bücher und Zeitschriften. Seien diese teurer geworden? Was verberge sich hinter der Ansatzerhöhung bei Titel 51101 – Geschäftsbedarf –?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, zu den ersten beiden Titeln gebe es Vorgaben seitens der Finanzverwaltung; sie seien als Platzhalter vorgesehen. Zum Geschäftsbedarf sei eine Aktualisierung aufgrund des Ist vorgenommen worden; es habe Kostensteigerungen gegeben.

Weiteres siehe Beschlussprotokoll.

Titel 52610 – Gutachten –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Zurückstellung zur zweiten Lesung. Wie werde die Verpflichtungsermächtigung begründet?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) antwortet, die Beantwortung schriftlich darzustellen. Es habe aber auch mit den Verträgen für das Amt für Statistik zu tun, weshalb eine Verpflichtungsermächtigung vorgesehen sei.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschluss fest, dass der Titel zur zweiten Lesung des Einzelplans 03 am 15. November 2023 zurückgestellt werde.

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet um eine schriftliche Übersicht, welche Gutachten anstünden. Warum sei eine Ansatzerhöhung für Gutachten erforderlich?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschluss fest, dass die Senatskanzlei gebeten werde, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 03 am 15. November 2023 zum Titel 52610 die Begründung für die fortgeschriebene Verpflichtungsermächtigung zu erläutern. Zudem wird um eine Erläuterung des Aufwuchses sowie um eine Übersicht der geplanten Gutachten gebeten.

Titel 52703 – Dienstreisen –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Zurückstellung zur zweiten Lesung und einen schriftlichen Bericht über die Summen zum relevanten Stichtag.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung fest. Die Senatskanzlei werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 03 am 15. November 2023 zum Titel 52703 eine Übersicht der geplanten Dienstreisen aufzuliefern.

Titel 53102 – Berlin-Informationen –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Zurückstellung zur zweiten Lesung. Er bitte um einen Bericht der Kostenzusammensetzung des Punktes „Public Relations“. Wie schlüssele sich der Ansatz auf? Gleiches gelte für den Punkt „Agenturen, Pressedienste“.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung des Einzelplans 03 am 15. November 2023 fest. Die Senatskanzlei werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung zum Titel 53102 die Kostenzusammensetzung der Punkte „Public Relations“ und „Agenturen, Pressedienste“ aufzuschlüsseln.

Titel 53103 – Empfänge, Feierlichkeiten –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Zurückstellung zur zweiten Lesung und einen Bericht über die zu dem Zeitpunkt dann aus diesem Titel zu finanzierenden feststehenden Empfänge und Feierlichkeiten und eine Aufschlüsselung der Kosten.

Sebastian Walter (GRÜNE) schließt sich den Berichtsaufträgen zu Titel 53201 und Titel 53103 an. Sei in dem Titel für Empfänge und Feierlichkeiten auch das Hoffest inkludiert?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, das Hoffest werde bei Titel 54611 – Kommunikation Hauptstadtmarke – etatisiert.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung des Einzelplans 03 am 15. November 2023 fest. Die Senatskanzlei werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 03 am 15. November 2023 zum Titel 53103 eine Übersicht über die bislang geplanten Empfänge und Feierlichkeiten mit einer aufgeschlüsselten Kostenschätzung vorzulegen.

Titel 53118 – Auswärtige Städteverbindungen –

Dr. Kristin Brinker (AfD) bittet um Erklärung für die Ansatzreduzierung.

Christian Goiny (CDU) kündigt Nachreichung von Fragen an. In der Vergangenheit sei aufgefallen, dass viele Städtepartnerschaften und Städteverbindungen nur vorkämen, wenn es ein Jubiläum gebe. Er rege Befassung mit der Fragestellung an, inwieweit es möglich sei, Institutionen, Organisationen, Vereine, Verbände und die Zivilgesellschaft im weiteren Sinne zur Pflege von Städtepartnerschaften auch außerhalb von Jubiläen stärker mit einzubeziehen. Er bitte um eine Einschätzung des Senats.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss fest, dass entsprechend schriftlich berichtet werde.

Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung) –

Dr. Kristin Brinker (AfD) bittet um konkrete Erläuterung, was sich darunter konkret verberge.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) sagt schriftliche Beantwortung zu. Es betreffe verschiedene Fragestellungen im Rahmen der gesamtstädtischen Verwaltungssteuerung, die immer wieder neu betrachtet würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss fest, dass die Senatskanzlei gebeten werde, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 03 am 15. November 2023 ergänzende Erläuterungen zum Titel 54002 vorzulegen.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Zurückstellung zur zweiten Lesung. Der Teilansatz „Digitalstrategie gemeinsam Digital: Berlin“ sei ebenfalls bei Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland – etatisiert. Er bitte um Erläuterung. Zur zweiten Lesung hätte er gerne einen Bericht zur Digitalstrategie. Welche Planungen mit welchen Kosten und welchen Konzeptionen gebe es?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erläutert, dass Titel 68569 ein Zuschusstitel sei, bei Titel 54010 seien Dienstleistungen veranschlagt.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Kontuierung. Welches sei der Dienstleistungsumfang und die sich daraus ergebenden Kosten und was beinhalte der Zuschussteil?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss fest, dass der Titel zur zweiten Lesung des Einzelplans 03 am 15. November 2023 zurückgestellt werde. Die Senatskanzlei werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung zum Titel 54010 den Zusammenhang zwischen dem Punkt „Digitalstrategie Gemeinsam Digital: Berlin“ und dem

Teilansatz 11 „Umsetzung Gemeinsam Digital: Berlin“ in Titel 68569 zu erläutern. Zudem werde um einen Bericht zu den Planungen, Konzeptionen und konkreten Kosten im Zusammenhang mit der Digitalstrategie Gemeinsam Digital: Berlin gebeten.

Titel 54053 – Veranstaltungen –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Zurückstellung zur zweiten Lesung. Zu Teilansatz 5 und 7 bitte er um genaue Erläuterung, was kostentechnisch geplant sei. Zu Teilansatz 7, Fußball EM Sonderformat, interessiere besonders, was finanziert werden solle.

Sebastian Walter (GRÜNE) bemerkt zum S-Bahn Jubiläum, dass auch für 2025 noch 750 000 Euro als Ansatz vorgesehen seien. Er bitte in den Bericht aufzunehmen, wofür die Mittel verwandt würden.

Bei den Veranstaltungen sei Gender Budgeting nicht berücksichtigt. Es handle sich um Veranstaltungsformate, die zum Teil offiziell mit einer bestimmten Personalzusammensetzung gesetzt seien, wie die Ost-MPK. Diese seien nicht steuerungsfähig. Er bitte zur zweiten Lesung schriftlich zu berichten, ob möglicherweise geprüft werden könne, ob es Ansätze und Möglichkeiten einer Verankerung im Veranstaltungsbereich gebe, wo Gender Budgeting durchaus erwägenswert wäre.

Dr. Kristin Brinker (AfD) interessiert, welche Veranstaltungen unter Teilansatz 10 geplant seien.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erläutert, der Ansatz enthalte das, was neben den Mitteln, die in der Innenverwaltung, Teilansatz, für die Rahmenveranstaltungen veranschlagt sei. Berlin benötige dies als Gastgeberstadt; verschiedene Themen fänden am Vorabend des Finales statt. Es gebe die Verpflichtung, dass die Regierung des Gastlandes zu einer Closing-Gala einlade; dies seien Verabredungen mit der UEFA. Zum Teilansatz 5, das S-Bahn Jubiläum gebe es mehrere Themen, zum einen die Aufbereitung des historischen Zuges und die Veranstaltungen, die darum herum stattfänden. Ministerpräsident Woidke und der Regierende Bürgermeister würdigten dies. Siemens errichte den historischen Zug. Er könne diesen Themenbereich zur zweiten Lesung schriftlich darstellen, weil es in dem Zusammenhang aktuell Gespräche mit der Deutschen Bahn, Siemens und anderen gebe, wie final die Finanzierung auch ausgestaltet werde. Zur Frage von Abg. Walter zur S-Bahn, verweise er auf nachlaufende Rechnungslegungen. Die Anregung zum Gender Budgeting nehme er auf und werde er prüfen lassen und dann berichten. Die Ost-MPK sei zweimal veranschlagt, da das Land Berlin Ende des Jahres 2024 den Vorsitz der Ost-MPK übernehmen werde und es deswegen andere Verpflichtungen gebe, weil beispielsweise im Länderkreis die Koordinierungsarbeit geleistet werden müsse und Vorbereitung der Ministerpräsidentenkonferenzen anfielen. Unter Teilansatz 10 werde die re:publica finanziert. Es sei in diesem Jahr festgestellt worden, dass die Teilnahme Berlin ausgesprochen erfolgreich gewesen sei. Es werde als einvernehmlich wichtig erachtet, diese Veranstaltung in Berlin zu halten.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung des Einzelplans 03 am 15. November 2023 fest. Die Senatskanzlei werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung zum Titel 54053 Teilansatz 5 - 100 Jahre

S-Bahn in Berlin, Jubiläum 2024 und Teilansatz 7 - Fußball-EM Sonderformat in einem Bericht die veranschlagten Mittel aufzuschlüsseln. Zudem werde um Erläuterung gebeten, warum für den Teilansatz 5 für das Jahr 2025 Mittel eingestellt seien und werde ferner gebeten zu prüfen, inwieweit ein Gender Budgeting im Titel oder in einzelnen Teilansätzen verankert werden könne.

Titel 54077 – Steuern, Abgaben –

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet um Erläuterung, warum der Ansatz für 2025 so hoch ausfalle.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, dies ergebe sich aus der ab 2025 geltenden Umsatzsteuerpflicht. Er verweise in diesem Zusammenhang auf die Mittelfreigabe für entsprechende Gutachten für die Steuerberatungsgesellschaften.

Titel 54104 – Betreuung von Verfolgten des NS-Regimes bei Berlin-Besuchen –

Franziska Becker (SPD) begrüßt die Ansatzerhöhung. Wofür würde der höhere Ansatz verwendet? Sie bitte um einen Bericht im Zusammenhang mit der Initiative „Stolpersteine“

Staatssekretär Florian Graf (CdS) sagt einen schriftlichen Bericht zu. Eine Ansatzerhöhung sei nicht vorgesehen; der Ansatz in Höhe von 160 000 Euro werde fortgeschrieben. Dargestellt werde lediglich das Ist 2022.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss fest, dass die Senatskanzlei gebeten werde, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 03 am 15. November 2023 zum Titel 54104 die veranschlagten Mittel aufzuschlüsseln und einen aktuellen Sachstandsbericht verbunden mit der Initiative Stolpersteine aufzuliefern.

Titel 54611 – Kommunikation Hauptstadtmarke –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Zurückstellung zur zweiten Lesung und um einen Bericht, wie sich die Entwicklung und Weiterführung von Kommunikationsmaßnahmen an dieser Stelle darstellten.

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet um Ergänzung zum Hoffest und Aufgliederung der Einnahmen und Ausgaben.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) verweist auf die Diskussion im Fachausschuss. Die Berichte würden dem Hauptausschuss auch zur Verfügung gestellt.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss fest, dass der Titel zur zweiten Lesung des Einzelplans 03 am 15. November 2023zurückgestellt werde. Die Senatskanzlei werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung zum Titel 54611 die Entwicklung und Weiterführung von Kommunikationsmaßnahmen zu erläutern. Es werde zudem

gebeten, die Ausgaben und Einnahmen des Hoffestes aufzuschlüsseln. Weiter werde um einen aktuellen Sachstandsbericht zur Smart-Cities-Strategie gebeten – Bitte von Abg. **Sebastian Walter** (GRÜNE) –.

Titel 54690 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Sebastian Walter (GRÜNE) fragt nach, ob es den Bericht aus dem Fachausschuss zur Smart-Cities-Strategie gebe.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) verweist auf die Diskussionen Fachausschuss. Die Berichte würden dem Hauptausschuss auch zur Verfügung gestellt.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss fest, dass der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 68207 – Zuschuss an die Deutsche Film- und Fernsehakademie –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet um Zuleitung der Informationen aus dem Fachausschuss bezüglich der Ansatzerhöhung. Die Datendarstellung für Mitarbeitende und Studierende folge nicht der üblichen Systematik, wie die Beschäftigtenstruktur sonst im Gender Budgeting dargestellt werde. Hier gebe es neue Formulierungen. Es gehe hier um die rein rechnerische Ressourcenverteilung. Sei die Senatskanzlei hier innovativ und führe neue Parameter ein? Sei es eine eigene Erfindung und abweichend von den bisherigen Formaten? Er halte die rein rechnerische Ressourcenverteilung für weniger günstig, sie verschleiere mehr als zu erhellen. Bei den Steuerungsmaßnahmen werde zudem hier und auch bei anderen Titeln darauf verwiesen, dass Steuerungsmaßnahmen nicht notwendig seien. Dies ergebe sich aus seiner Sicht nicht. Es gebe hier eine erfreuliche Entwicklung, eine vollständige Gleichstellung sei aber noch nicht erreicht. Er bitte um Prüfung, ob wirklich keine Steuerungsmaßnahmen vorgesehen würden. Hier werde lediglich auf das LGG verwiesen, wonach es ohnehin die Verpflichtung gebe, Frauenförderung zu betreiben. Er bitte auch die Finanzverwaltung zu prüfen, ob die Aussagen bezüglich der Steuerungsmaßnahmen im Sinne der eigentlichen Intention seien. Sei es politische Auffassung, dass hier keine Steuerungsnotwendigkeit gesehen werde?

Christian Goiny (CDU) bemerkt, er könne das Herangehen nicht nachvollziehen. Bei der DFFB gebe es ein fast ausgewogenes Verhältnis zwischen Männern und Frauen; bei den Beschäftigten und den Studierenden gebe es mehr Frauen als Männer. Es sei ein gesellschaftlich und politisch eigenartiges Ziel, genau hälftige Besetzung zu erreichen. Auch er könne keinen Steuerungsbedarf erkennen. Wo werde dieser gesehen? Mit welchen Mitteln solle an dieser Einrichtung gesteuert werden, weil es auch die Entscheidung derjenigen sei, die einen solchen Studienrichtung ergriffen. Auch scheine es kein grundsätzliches Problem der Benachteiligung von Frauen zu geben.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, über die DFFB werde im Fachausschuss noch ausführlich diskutiert werden. Es würden entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt, weil die DFFB auch mit der Standortverlagerung vor Herausforderungen stehe. Mit der Vorlage an den Fachausschuss werde die Darstellung des Gender Budgeting entsprechend noch einmal verändert. Bezüglich der Frauenförderung sei die DFFB sehr erfolgreich.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, dass der Titel zur zweiten Lesung des Einzelplans 03 am 15. November 2023 zurückgestellt werde. Die Senatskanzlei werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 03 am 15. November 2023 zum Titel 68207 den Mittelaufwuchs zu erläutern und ebenso gebeten, dem Hauptausschuss den Frauenförderplan der Deutschen Film- und Fernsehakademie aufzuliefern.

Titel 68230 – Zuschuss CityLAB –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Zurückstellung zur zweiten Lesung. Die Erläuterung entspreche der aus dem letzten Haushalt. Gleichwohl gebe es eine Ansatzerhöhung. Womit werde diese begründet? Er bitte um einen Bericht zur zweiten Lesung hinsichtlich des erwähnten schriftlichen Aufgabenkonzepts unter Berücksichtigung, welche Punkte des Aufgabenkonzepts die Ansatzerhöhung begründeten.

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet in dem Bericht, die neue Gender Budgeting Darstellung zu erläutern. Auch hier habe er Fragen zu den Steuerungsmaßnahmen und bitte um eine Einschätzung; die Angebote des CityLABs seien nicht steuerbar, da eine Vielzahl von Veranstaltungen angeboten würden, die grundsätzlich für alle offen stünden. Er halte es dennoch für möglich, die Geschlechterverhältnisse im Rahmen von Veranstaltungen bzw. sonstigen Formaten wie Themensetzung, wie Veranstaltungen beworben und Zielgruppen ausgewählt würden, in den Blick zu nehmen. Er bitte zu prüfen, inwieweit dieses sinnvoll sei und bitte um eine politische Einschätzung, dass die Aussage, es sei nicht steuerbar, richtig sei.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) sagt Prüfung der Hinweise zu. Das Ergebnis der Prüfung werde übermittelt.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, dass der Titel zur zweiten Lesung des Einzelplans 03 am 15. November 2023 zurückgestellt werde. Die Senatskanzlei werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung zum Titel 68230 den Mittelaufwuchs zu begründen und das Aufgabenkonzept des CityLABs zu erläutern. Zudem werde um Prüfung gebeten, ob das Gender Budgeting bei den Veranstaltungsformaten des CityLABs verankert werden könne.

Weiteres siehe Beschlussprotokoll.

Titel 68324 – Zuschüsse an die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Zurückstellung. Sei der Inflationsausgleich inbegriffen? Werde dieser auskömmlich berücksichtigt? Habe es Gespräche mit Brandenburg im Zusammenhang mit der Haushaltsplanaufstellung gegeben, mit welchem Ergebnis?

Christian Goiny (CDU) bittet um Darlegung, wie sich insgesamt die Bezuschussung Brandenburgs für das Medienboard darstelle. Gebe es noch weitere Förderungen, Unterstützungen oder geldwerte Leistungen, Auflagen, Vorgaben oder ähnliches in Brandenburg. Es sei sehr erfreulich, dass im Bereich der Filmfestivals viele Aktivitäten in der Vergangenheit begonnen worden seien. Die Bundeskulturstaatsministerin habe im Bereich der Berlinale viele Steine in den Weg gelegt. Einen Proteststurm von über 400 Filmschaffenden loszutreten unter Beteiligung von Martin Scorsese, der dazu geführt habe, der Kulturstaatsministerin unmoralisches und unprofessionelles Verhalten im Umgang mit der Berlinale vorzuwerfen, sei ein Skandal und unwürdiges Verhalten im Umgang mit der Berlinale. Insofern müsse überlegt werden, wie auch die Stadt Berlin ein Zeichen der Unterstützung und Wertschätzung für die Berlinale in diesen schwierigen Zeiten setzen könne. Es sei eine herausragende Veranstaltung und eines der wichtigsten Filmfestivals der Welt. Das Medienboard sei im Bereich verschiedener Festivals tätig, beispielsweise das Human Rights Filmfestival, das politisch fraktionsübergreifend unterstützt worden sei und für das eine Förderung zur Verfügung gestellt werde. Auch hier müsse bezüglich der Filmfestivalförderung noch einmal eine Befassung erfolgen. Er bitte zur zweiten Lesung um eine Darstellung, wie sich die Ausreichung der Förderbeträge an das Medienboard gestalte. In der Vergangenheit habe es bürokratische und komplizierte Verfahren gegeben auch von Seiten der Verwaltung, die teilweise die Förderfähigkeit auch von Projekten des Medienboards ein wenig behindert hätten. Wenn dargestellt werde, dass das Medienboard mit den vorhandenen Zuschüssen möglichst optimal seine Arbeit leisten könne, wäre es hilfreich. Möglicherweise könne auch Brandenburg noch immer um Unterstützung gebeten werden, was die Planungen und Entwicklungen des Standorts Babelsberg auch hinsichtlich des Filmstudios betreffe. Sei der Standort planungsrechtlich gesichert? Wer seien die Eigentümer? Engagiere sich das Land Brandenburg, um den Filmproduktionsstandort auch in der Region zu halten? Im Wissen, dass es keinen Informationsanspruch gebe, könnten diese Fragen vielleicht nachrichtlich übermittelt werden mit der Bitte, ob die Landesregierung Brandenburg Auskunft geben könne.

Sebastian Walter (GRÜNE) entgegnet zu den Ausführungen von Abg. Goiny, er sei gespannt auf den Änderungsantrag zur Berlinale und Claudia Roth. Was verberge sich hinter der Sperre der Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 5 Millionen Euro sei im ersten Jahr?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) führt aus, positiv zu werten sei, dass das sehr hohe Zuwendungsniveau seit der Coronazeit beibehalten werde. Das Medienboard habe Aufgaben wahrgenommen, etwa über den Kinoprogrammpreis die Kinovielfalt in der Stadt zu sichern und die Filmbranche zu unterstützen. Es sei keine Selbstverständlichkeit auch in diesen Haushaltsberatungen. Es seien harte Entscheidungen im Senat gewesen, diese Prioritätensetzung zu verteidigen. Im Fachausschuss gebe es eine gute Basis, die Fragen zu beantworten; von der Fraktion der Grünen gebe es gleich 20 Fragen. Er sei zuversichtlich, die aufgeworfenen Frage ohne große Mehrarbeit im Hauptbeschuss noch einmal darstellen zu können und dass intensiv über das Thema Medienboard gesprochen würde. Bezüglich der Beteiligung Brandenburgs sei Berlin als Filmstandort Nummer 1 eine Priorität für den Senat. Brandenburg sei nicht so stetig mitgewachsen im Laufe der Jahre, sei aber auch ein kleineres Bundesland. Berlin befinde sich in gutem Austausch. Die Frage zum Standort Babelsberg nehme er gern mit. Die Landesregierung beschäftigte sich intensiv mit der Frage der Standortvermarktung, wie der Standort gesichert werden könne. Er könne das Parlament ermutigen, bei der Berlinale etwas zu tun. Die Festivalleitung habe erste Konsequenzen bei der Streichung von zwei Sektionen für die Berlinale 2024 ziehen müssen. Die Finanzierung werde gespeist durch eine Regelförderung von

BKM und ergebe sich im Weiteren durch Sponsoring und Ticketverkäufen. Die Ticketverkäufe hätten in diesem Jahr erstmalig wieder das Niveau vor der Pandemie erreicht. Schwierigkeiten gebe es bei der Frage der Akquise von Sponsoring, was aber auch ein Thema bei vielen Veranstaltungen sei. Auch dieses werde im Fachausschuss noch einmal thematisiert.

Christian Goiny (CDU) weist darauf hin, dass der Kinoprogrammpreis mit 1,5 Millionen Euro unterlegt sei. Dies sei aber der gesamte Kinoprogrammpreis. Im Haushalt werde aber abgebildet, welchen Anteil aus diesem Zuschuss von 17,99 Millionen Euro Berlin zahle. Dieser habe beim Kinoprogrammpreis bislang nicht 1,5 Millionen Euro betragen. Er bitte um Darlegung zur zweiten Lesung, um gegebenenfalls die Erläuterungen anpassen zu können.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) antwortet, dass eine Million Euro für Berlin vorgesehen sei. In den Erläuterungen stehe bis zu 1,5 Millionen Euro.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung des Einzelplans 03 am 15. November 2023 fest. Die Senatskanzlei werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung zum Titel 68324 einen Sachstandsbericht zum Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH vorzulegen, mit Aussagen, wie die Ausreichung der Förderbeträge an das Medienboard erfolge, wie sich die Zuschüsse des Landes Brandenburg an das Medienboard darstellten und wie auskömmlich die Zuschüsse an das Medienboard seien. Darüber hinaus werde gebeten, zu berichten, welche Planungen und Entwicklungen es im Land Brandenburg zur Sicherung des Filmstudios Babelsberg gebe. Ferner werde gebeten, die Ansatzhöhe/-erhöhung für den Kinoprogrammpreis schriftlich zu erläutern.

Titel 68535 – Zuschüsse im Rahmen der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung des Einzelplans 03 am 15. November 2023 fest.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Dr. Kristin Brinker (AfD) bittet um Erläuterung zur Kinoförderung unter Teilansatz 15 in 2025 Höhe von 5 Millionen Euro.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erläutert, mit dem hier neu geschaffenen Ansatz setze die Koalition die vereinbarte Kinoförderung um. Für 2025 würden 5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um die Kinovielfalt in Berlin zu halten. Es sei ein Erfolg, dass während der Coronapandemie keines der 80 Kinos in Berlin habe geschlossen werden müssen. Vor wenigen Wochen habe es das Kinofest in Berlin gegeben. Viele Unternehmen, insbesondere auch die Kinos hätten Kostensteigerungen und Ausgabenerhöhungen in immenser Form. die Konzeption und Ausgestaltung dieser Kinoförderung werde entworfen. Vor der Sommerpause

habe es eine Anhörung mit Experten gegeben, die noch ausgewertet werden müsse. Im Ergebnis könne nur eine unbürokratische Lösung stehen, Kinos zu unterstützen und zu fördern, möglicherweise auch im Zusammenhang mit dem Medienboard. Bei dieser Fragestellung seien auch beihilfenrechtliche Aspekte zu beachten. Es gehe nun darum, die Kinos wieder zukunftsfest aufzustellen.

Sebastian Walter (GRÜNE) äußert, zu Teilansätzen weitere Fragen zu haben. Bei Teilansatz 6, dem Zuschuss für Smart-Cities-Projekte gehe er davon aus, dass dieses beim Allgemeinbericht dargelegt werde. Bei Teilansatz 7, der zentralen Anlaufstelle für Drehgenehmigungen, habe der hohe Ansatz erstaunt und dass dies über einen Zuschuss erfolgen solle. Er bitte um schriftliche Darstellung, wie die Systematik funktioniere und warum der Ansatz in der Höhe benötigt werde. Für den Teilansatz 11, Umsetzung Gemeinsam Digital: Berlin gebe es ebenfalls schon einen Berichtsauftrag. Er bitte darum, den Bericht aus dem Fachausschuss dem Hauptbeschuss zur Verfügung zu stellen, um in der zweiten Lesung gegebenenfalls Nachfragen stellen zu können.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) sagt zu, den Bericht zur Verfügung zu stellen. Zentrale Anlaufstelle für Drehgenehmigungen sei Thema des Sofortprogramms des Senats von Berlin. Mit dem Medienboards seien im Aufsichtsrat vor der Sommerpause die Weichen gestellt worden, die Mittel im Medienboard zur Verfügung zu stellen. Personalentscheidungen seien getroffen worden. Dahinter verbärgen sich Personalkosten und IT-Verfahren für die Umsetzung.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung des Einzelplans 03 am 15. November 2023 fest. Die Senatskanzlei werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung zum Titel Teilansatz 7 - Zentrale Anlaufstelle für Drehgenehmigungen den Mittelaufwuchs zu erläutern und die veranschlagten Mittel aufzuschlüsseln.

Titel 97114 – Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG –

Martin Matz (SPD) führt aus, der Senat habe bekannt gegeben, dass das die Errichtung von ständigen Bezirkswahlämtern nunmehr gesichert sei, auch in finanzieller Hinsicht. Erfolge die Finanzierung von 36 Stellen für die Bezirkswahlämter aus diesem Titel?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) bestätigt dies.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bemerkt einleitend, die Errichtung von ständigen Bezirkswahlämtern zu begrüßen. Der Ansatz sei qualifiziert gesperrt. Einer E-Mail des Bezirkswahlleiter Lichtenbergs sei zu entnehmen, dass es ein Beschleunigungsgebot gebe. Würden die benötigten Stellen schnell geschaffen?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) bemerkt, auch die Wahlwiederholung dieses Hauses betreffend sei es ein Punkt von hoher Relevanz. Die Expertenkommission habe diesen Punkt mit dem Aufbau der Bezirkswahlämter vorgelegt. Dieser solle schnell umgesetzt werden. Mögliche Teilwiederholungen des Deutschen Bundestages stünden an; auch die Europawahl im

kommenden Jahr stünde an. Der Aufbau der Bezirkswahlämterstruktur habe Priorität. Die Innenverwaltung müsse jetzt mit den Bezirken die Zielvereinbarungen vornehmen. Für 2024/25 gebe es die Finanzierung. Da der Vorgang von der Herleitung wie ein Entwurf sei, beschlossen im Juli, würde dies nach seinen Erfahrungen in der dritten Lesung über einen Änderungsantrag des Parlaments, die Sperre betreffend, geklärt werden. Die Finanzierung auch für 2023 sei geklärt. Finanziert werde aus der Steuerungsreserve. Die Stellenbesetzung sollten schnellstmöglich erfolgen. Der Aufbau wurde jetzt benötigt, es könne nicht bis zum Beschluss des Haushalts abgewartet werden.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) ergänzt, die Finanzierung für 2023 sei gesichert; es gebe die gesamtstädtische Zielvereinbarung. Der Sperrvermerk für 2024 sei eine rein haushaltwirtschaftliche Sperre, keine qualifizierte Sperre. Die für die 36 Stellen benötigten Mittel machten etwa 2,3 Millionen Euro aus. Die Bezirke sollten schon im Vorgriff auf die abzuschließende Zielvereinbarung handeln können. In der nächsten Sitzung des Rats der Bürgermeisterpostens werde darüber noch gesprochen.

Sebastian Walter (GRÜNE) stellt die Frage, wie es im nächsten Jahr weitergehen könne, wenn die Zielvereinbarung noch nicht abgeschlossen würde. Welcher Zeitplan sei vorgesehen? Er bitte darum, die Zielvereinbarung zuzuleiten.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fasst zusammen, für 2023 und die möglicherweise in Abhängigkeit der Spruchtätigkeit des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom Umfang her anfallende Wiederholungsfall für den Deutschen Bundestag im Wahlverband Berlin sei Vorsorge über die Steuerungsreserve getroffen worden. Es sei relativ zügig mit einer Entscheidung zu rechnen. Laufe das Stellenausschreibungsbesetzungsverfahren für die 36 Stellen, die aus der Steuerungsreserve für dieses Planjahr finanziert würden? Wie sei der Zeitplan? Auch ihn interessiere die Zielvereinbarung.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) führt aus, der Senat werde den Zeitplan nachreichen, was die weiteren Verhandlungen zur Zielvereinbarung und des Aufsetzens betreffe. Das Verfahren werde zeitnah aufgenommen. Gestern habe die erste Sitzung der AG Gesamtstädtische Zielvereinbarung stattgefunden. Im Senat werde der Zeitplan gerade erarbeitet, den sie dann nachreichen werde. Zu den Maßnahmen in den Bezirken könne sie als Senat keine Stellung nehmen. Nach Informationen aus der Presse habe der eine oder andere Bezirk bereits Ausschreibungen gestartet.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss fest, dass die Senatsverwaltung für Finanzen gebeten werde, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 03 am 15. November 2023 zum Titel 97114 einen Zeitplan für den Abschluss der Zielvereinbarung sowie für die Besetzung der Stellen der bezirklichen Wahlämter vorzulegen. Darüber hinaus sei die Zielvereinbarung dem Hauptausschuss vorzulegen, sobald diese abgeschlossen worden sei.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss Zurückstellung zur zweiten Lesung des Einzelplans 03 am 15. November 2023 fest.

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben –

Dr. Kristin Brinker (AfD) äußert, sie sei verwundert, dass ein Ansatz in 2025 vorgesehen sei, gleichzeitig aber ein Wegfallvermerk.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) schlägt vor, dass zur Frage der Pauschalen Minderausgaben im Lauf der Haushaltsberatungen von der Finanzverwaltung insgesamt ein Bericht zur einzelplanübergreifenden Umlage vorgelegt werde. Er biete eine Darstellung zur zweiten Lesung an.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) erklärt, der Wegfallvermerk: „Der Titel fällt weg“ sei redaktionelles Versehen.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss fest, dass Personaltitel, der Stellenplan und die Produktdarstellung in den Unterausschuss Bezirke PHPW zur Vorbereitung überwiesen würden. Dies betreffe auch die am heutigen Tage noch zu bearbeitenden Kapitel.

Kapitel 0309 – Senatskanzlei - Personalüberhang –

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass es zum Kapitel 0309 keine Wortmeldungen gebe.

Kapitel 0350 – Senatskanzlei - Europa –

Titel 53103 – Empfänge, Feierlichkeiten –
Titel 53131 – Europapolitische Kommunikationsarbeit –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Zurückstellung der Titel zur zweiten Lesung.

Dr. Kristin Brinker (AfD) stellt zum Titel 53103 – Empfänge, Feierlichkeiten – die Frage, was unter Sucherstellung der Rolle des Koordinators der Oderpartnerschaft zu verstehen sei. Zu Titel 53131 – Europapolitische Kommunikationsarbeit – bitte Sie um Erläuterung, was unter der Entwicklung einer Berliner Europastrategie zu verstehen sei

Staatssekretär Florian Graf (CdS) klärt zur ersten Frage auf, dass sich um einen Schreibfehler handle; es laute: „Sicherstellung“. Die Europastrategie sei auch im Fachausschuss ein Thema. Der Senat habe durch den Wechsel der Zuständigkeit für die Europapolitik des Landes aus der Senatsverwaltung für Kultur in die Senatskanzlei auch besondere Schwerpunkte entwickelt. Dahinter verberge sich zum einen das Projekt „Europastrategie“, wie man landesweit in den Verwaltungen, in den Bezirken die Europaaffinität, die Rolle von Europa und die Mehrwerte stärker etablieren könne, auch durch Fort- und Weiterbildung in bestimmten Maß-

nahmen und zum anderen, dass überlegt werden müsse, wie sich das Land Berlin besser bei der Fördermittelakquise aufstellen könne.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss Zurückstellung der Titel zur zweiten Lesung des Einzelplans 03 am 15. November 2023 fest.

Titel 54079 – Verschiedene Ausgaben –
Titel 68535 – Zuschüsse im Rahmen der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Zurückstellung der Titel zur zweiten Lesung. Ihn interessiere, ob der Minusbetrag bei den Ist-Ausgaben ein Fehler oder Geld eingenommen und der Betrag verbucht worden sei.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) erklärt, es handle sich um die Kontoauflösung in Brüssel und eine daraus resultierende Rückführung.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss Zurückstellung der Titel zur zweiten Lesung des Einzelplans 03 am 15. November 2023 fest.

Kapitel 0360 – Senatskanzlei - Digitalisierung –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Zurückstellung des gesamten Kapitels. Er bitte um einen Bericht hinsichtlich eine Vorher-/Nachhervergleichs, wie sich jetzt die Digitalisierungssteuerung zentralisiert in der Senatskanzlei im Vergleich zu der vorherigen Personal- und Aufgabenstruktur darstelle. Die Entscheidung, die Digitalisierungsprozesse im Land Berlin auch organisationsverfügungstechnisch zur Chefsache zu machen, die sich auch von der politischen Steuerung her nicht mehr aufteilt zwischen SenInnDS und der Senatskanzlei, habe für Aufsehen gesorgt.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) bittet um entsprechende schriftliche Darstellungsmöglichkeit.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt für den Ausschuss Zurückstellung des Einzelplans zur zweiten Lesung am 15. November 2023 fest. Die Senatskanzlei werde gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur 2. Lesung des Einzelplans 03 am 15. November 2023 zum Kapitel 0360 in einem Vorher-Nachher Vergleich zu erläutern, wie sich die neu vorgenommene Zentralisierung der Steuerung der Digitalisierung in der Senatskanzlei gegenüber der vorigen Steuerung – z.B. betreffend Änderung der personellen Ausstattung, der Aufgabenstruktur, der Organisation und Zuständigkeiten – konkret darstellten.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt ferner für den Ausschuss fest, dass die erste Lesung des Einzelplans 03 abgeschlossen sei.

Einzelplan 25 – Landesweite Maßnahmen des E-Governments

Mitberaten wird:

a) Bericht SenFin – II B – vom 16.08.2023 — 1100 A
IKT-Titelliste 2024/2025 — Haupt

b) Bericht RBm – Skzl – CDO Stab 1 (V) – vom 06.09.2023 — 1146
Mittelkürzungen DigitalPakt
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion Die Linke — Haupt
(Berichtsauftrag aus der 39. Sitzung vom 30.08.2023)
(in der 41. Sitzung am 20.09.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 03 zurückgestellt)

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Zurückstellung für die zweite Lesung. Plane das Land Berlin für das Projekt „Digitale Meldebescheinigung“ wie das Land Bremen – dort für das Projekt „Geburt und Ehe“ –, die anderen Bundesländer vertraglich zu binden? Er bitte um einen Folgebricht zum nächsten Sommer.

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) führt aus, andere Bundesländer könnten nicht verpflichtet werden; im OZG sei keine Abnahmeverpflichtung vorgesehen. Insofern sei Berlin darauf angewiesen, dass die anderen Länder nachnutzten, was bislang entwickelt worden sei.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss fest, dass der Bericht, rote Nr. 1100 A, während der Haushaltsberatung mitlaufe. Der Bericht, rote Nr. 1146 werde zur Kenntnis genommen. Der Einzelplan 25 werde zur zweiten Lesung des Einzelplans 25 am 15. November 2023 zurückgestellt. Die Senatskanzlei werde gebeten, dem Hauptausschuss bis zum 30. Juni 2024 zu berichten, ob die EfA-Lösung für die Bauleitplanung mit Hamburg zu Ende entwickelt werde. Wie sähen der Zeitplan und die einzelnen Schritte bis zur praktischen Anwendung aus?

Kapitel 2500 – Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung –

Mitberaten werden:

a) Schreiben Senat von Berlin – InnDS V B 3 / V B 3 Wi – vom 21.03.2023 — 0572 C
Umsetzung der W-Lan-Initiative
hier: Zustimmung — Haupt
gemäß Auflage B. 31 und A. 18 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23

Stefan Ziller (GRÜNE) legt dar, das Thema WLAN beschäftige schon viele Jahre. Es gebe verschiedene Vorlagen. Auf der anderen Seite gebe es den Haushaltsplanentwurf, der aufzei-

ge, dass die Mittel immer geringer würden. Im Fachausschuss gebe es die Aussicht auf einen schriftlichen Bericht, der noch nicht vorliege. Er bitte um Mitteilung des aktuellen Standes. Beende der Senat die WLAN-Initiative? Werde sie wieder aufgerufen? Der alte Senat habe es nicht hinbekommen, die Ausschreibung zu machen. Ihn erreichten immer wieder Anfragen von Bibliotheken, Jugendeinrichtungen und sozialen Einrichtungen und Bezirken, die auf dieses zentrale WLAN-Angebot gesetzt hätten und warteten.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) schließt sich den Ausführung an. Im Rahmen der letzten Haushaltsberatung seien 2 Millionen Euro bereitgestellt worden; die Mittelabflüsse seien erwartungsgemäß niedrig gewesen. Auch organisationspolitisch sei das Vorhaben immer herumgereicht worden, die Zuständigkeiten der unterschiedlichen Senatsverwaltungen betreffend. Der Verweis insbesondere hinsichtlich der technischen Entwicklung, der 5G-Abdeckung und der Flatrate-Entwicklungen, überzeuge nicht. Es könne nicht davon ausgegangen werden, dass alle Nutzer über entsprechende Handyverträge verfügten. Er bitte um einen Bericht und eine detaillierte Aufstellung, welche Planungen es für die Mittel in 2024 und 2025 sowie eine Unterlegung der Planungen hinter den recht hohen Verpflichtungsermächtigungen von je 1,6 Millionen Euro gebe.

Dr. Kristin Brinker (AfD) begrüßt, dass offenbar die Entscheidung gefallen sei, dass die bisherigen Maßnahmen nicht mehr sinnvoll seien. Jetzt solle aber noch einmal Geld in die Hand genommen werden für externe Beratungs- und Unterstützungsleistungen. Könne nicht auf die bisherigen Erkenntnisse zurückgegriffen werden? Seien neue Gutachten jetzt wirklich noch einmal notwendig?

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) holt aus, das Projekt sei erstmals 2014 in Angriff genommen worden; seitdem habe es viele technische Entwicklungen gegeben. Sie teile die Auffassung, dass ein absolut flächendeckendes WLAN für die gesamte Stadt Berlin nicht mehr zeitgemäß und nicht mehr notwendig sei. Die Prioritäten lägen klar auf einer flächendeckenden 5G-Abdeckung.

Stefan Ziller (GRÜNE) interessiert, warum es diese Vorlage mit einer Zustimmungsbitte für einen Beratungsauftrag für 210 000 Euro gebe, davon 50 000 Euro für eine Vertragsanwaltskanzlei, 20 000 Euro für eine Markterkundung und ein sozialwissenschaftliches Institut für 40 000 Euro, wenn eigentlich das Vorhaben nicht mehr fortgeführt werden solle. In den Haushaltsansätzen seien für 2024 800 000 Euro und für 2025 250 000 Euro vorgesehen. Wenn kein WLAN mehr in sozialen Einrichtungen angeboten werden solle, erschließe sich ihm nicht die Mittelverwendung für die Beratung. Er halte den Fokus auf 5G schon für richtig. Während der Coronapandemie sei es aber deutlich geworden, dass es auch Kinder in dieser Stadt gebe, die Verträge mit Datenvolumen hätten. Er werbe dafür, dass der Senat die Grundannahme, es gebe Mobilfunk und alle könnten sich das leisten, zumindest in den herausfordernden Quartieren noch einmal überprüfe und überlege, gerade in diesen Gebieten öffentliche Orte zu schaffen, wo es WLAN gebe. Dafür würden aber nicht 210 000 Euro für Markterkundung benötigt.

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) bemerkt, es sei zutreffend ausgeführt, dass wahrscheinlich nur noch an ausgewählten Orten dieser Stadt WLAN benötigt werde. Dafür solle die Bedarfsanalyse durchgeführt werden.

Stefan Ziller (GRÜNE) wendet ein, 210 000 Euro seien sehr viel Geld für eine Abfrage des WLAN-Angebots in bezirklichen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen. Wer genau bewerbe sich auf solche Aufträge? 50 000 Euro seien für eine Vertragsanwaltskanzlei vorgesehen; brauche es wirklich Juristen, um diese Abfrage durchzuführen? Warum solle eine Kanzlei Bibliotheken und Jugendeinrichtungen über WLAN-Angebote und -Bedarfe befragen?

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fasst zusammen, er habe die Staatssekretärin dahingehend verstanden, dass es Ziel der Veranschlagung sei, ergänzend zum Aufbau einer flächendeckenden 5-G-Abdeckung, deren Nutzung sich nicht alle Menschen leisten könnten, in senatsfinanzierten Stadtteilzentren etc. ein Angebot zur Internetnutzung vorzuhalten. Das befürworte er.

Er stimme allerdings auch der skeptischen Äußerung des Abg. Ziller bezüglich der angegebenen Kosten zu und bitte um eine Substanziierung der Angaben. Es sei doch zumindest für Hauptverwaltung und Bezirke möglich, binnen einiger Wochen Angaben darüber zu melden, in welchen Stadtteilzentren aktuell ein kostenfreies WLAN-Angebot existiere, wie schnell das WLAN sei und zu welchen Vertrags- und Datenschutzkonditionen es angeboten werde; selbiges müsste seines Erachtens auch für die Zuständigkeitsbereiche der Hauptverwaltung und den ihnen unterstehenden Einrichtungen, z. B. Bibliotheken, gelten. Worin genau liege die Differenz, die die Verwaltung mit externer Expertise erledigen zu müssen glaube? – Das betreffe sowohl den tatsächlichen Abfrage- und Koordinierungsbedarf als auch den rechtlichen; 50 000 Euro für Rechtsberatung seien nicht niedrig angesetzt.

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) erklärt, 50 000 Euro für eine Anwaltskanzlei würden für den Fall benötigt, dass europaweit ausgeschrieben werden müsse, was anzunehmen sei, weil das WLAN an den zu identifizierenden Standorten in jedem Fall zur Verfügung gestellt werden solle. Weitere Details werde man gern schriftlich zur Verfügung stellen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 0572 C wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

b)	Bericht RBm – Skzl – V B 3 Bu – vom 23.08.2023 **Umsetzung der W-LAN-Initiativen** (Berichtsaufträge aus der 36. Sitzung vom 17.05.2023)	0572 D Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0572 D ohne Aussprache zur Kenntnis.

c)	Vertraulicher Bericht RBm – Skzl – V B 1 Wi – vom 08.09.2023 **Wirtschaftsplan 2024** **IT- Dienstleistungszentrum Berlin – ITDZ Berlin** gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1145 Haupt Vertrauliche Beratung

Stefan Ziller (GRÜNE) schlägt vor, den Bericht zur zweiten Lesung zurückzustellen, da bis dahin auch die vom Fachausschuss beauftragten Berichte zur Verfügung stehen sollten und eine Beratung im Zusammenhang erfolgen werde können.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass so verfahren werden solle.

Kapitel 2503 – Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 2505 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport –

Titel 51160 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erkundigt sich, weshalb der Ansatz für den Dienstleistungsvertrag mit dem ITDZ um ca. 850 000 Euro niedriger sei als im Jahr 2023.

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) verspricht, eine Antwort hierauf werde schriftlich nachgereicht.

Kapitel 2506 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 2507 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Titel 51145 – Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) merkt an, der Mittelabfluss sei hier in der Vergangenheit kontinuierlich signifikant niedriger gewesen als die Veranschlagung. Warum sei dem so?

Dr. Kristin Brinker (AfD) geht auf den Posten „Breitbandverkabelung der Berliner Forsten: lfd. Betriebskosten“ ein und meint, mit 695 000 Euro je Haushaltsjahr scheine er ihr sehr hoch. Sie bitte um Erläuterung.

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) erklärt, zur Beantwortung sei eine Klärung mit SenMVKU nötig; auf beide Fragen werde man schriftlich eingehen.

Kapitel 2508 – Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 2509 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege –

Titel 51145 – Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet auch hier um eine Erklärung der Gründe für den schlechten Mittelabfluss.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, auch diese Frage solle schriftlich beantwortet werden.

Kapitel 2510 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie –
Kapitel 2511 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung –
Kapitel 2512 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen –
Kapitel 2513 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe –
Kapitel 2515 – Senatsverwaltung für Finanzen –
Kapitel 2531 – Bezirksamt Mitte –

Jeweils keine Wortmeldungen.

Kapitel 2532 – Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg –

Titel 51160 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT –

Dr. Kristin Brinker (AfD) weist darauf hin, dass unter diesem Titel ausschließlich oder fast ausschließlich in Friedrichshain-Kreuzberg ein Aufwuchs stattfinde; in den meisten Bezirken blieben die Mittel konstant. Wie begründe sich der Aufwuchs hier?

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) erklärt, auch hierauf werde eine schriftliche Antwort erfolgen.

Kapitel 2533 – Bezirksamt Pankow –
Kapitel 2534 – Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf –
Kapitel 2535 – Bezirksamt Spandau –
Kapitel 2536 – Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf –
Kapitel 2537 – Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg –
Kapitel 2538 – Bezirksamt Neukölln –
Kapitel 2539 – Bezirksamt Treptow-Köpenick –

Jeweils keine Wortmeldungen.

Kapitel 2540 – Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf –

Titel 51145 – Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) geht darauf ein, dass der Posten „Standardnetzzugang Berliner Landesnetz“ in den Jahren 2024 und 2025 um jeweils ca. 540 000 Euro über dem Ansatz 2023 liege, obwohl die Mittel seines Wissens auskömmlich gewesen seien. Er bitte um eine Begründung der Erhöhung.

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) antwortet, die Kosten pro Netzzugang seien aus Sicherheitsgründen gestiegen. Welche Gründe darüber hinaus hier vorlägen, werde mit dem Bezirk zu klären und schriftlich zu beantworten sein.

Kapitel 2541 – Bezirksamt Lichtenberg –
Kapitel 2542 – Bezirksamt Reinickendorf –

Jeweils keine Wortmeldungen.

Kapitel 2552 – Polizei Berlin –

Titel 81265 – Modernisierung der Kommunikationsinfrastruktur –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bemerkt, der Mittelabfluss sei auch hier sehr gering. Daher bitte er darum, dem Ausschuss das Konzept, den aktuellen Stand und eine Zeitschiene bis zum Ende des Modernisierungsprozesses, der aus dem Titel finanziert werde, vorzulegen.

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) verspricht, die angefragten Informationen würden dem Ausschuss schriftlich zugehen.

Kapitel 2554 – Berliner Feuerwehr –
Kapitel 2555 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten –
Kapitel 2557 – Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg –
Kapitel 2558 – Landesamt für Gesundheit und Soziales –
Kapitel 2559 – Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit –

Jeweils keine Wortmeldungen.

Kapitel 2560 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten –

Titelübergreifend

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) weist darauf hin, dass das aufgerufene Kapitel im Einzelplan 25 das Kapitel mit den im Vergleich zu den Vorjahren prozentual größten Einsparungen sei. Was begründe diese Entwicklung? – Er bitte um sofortige Beantwortung und, sofern nötig, schriftlich Ergänzung. Gespräche mit Senatorin Kiziltepe über das LAF hätten den Eindruck erweckt, dass hier die Bedarfe tatsächlich besonders ausgeprägt seien.

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) bedauert, auch bezüglich dieser Informationen müsse vor der Beantwortung ein Austausch mit SenASGIVA bzw. dem LAF stattfinden; ein schriftlicher Bericht werde folgen.

Titel 51160 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) interessiert, wie es dem LAF gelungen sei, diesen Titel über die Jahre immer weiter abzusenken. Warum hätten sich solche Einsparungen in keinem anderen Kapitel realisieren lassen?

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) stellt auch auf diese Frage schriftliche Beantwortung in Aussicht, sobald Rücksprache mit den betroffenen Behörden erfolgt sei.

Kapitel 2561 – Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin –
Kapitel 2562 – Landesverwaltungsamt –
Kapitel 2563 – Landesamt für Einwanderung –

Jeweils keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass der Ausschuss die erste Lesung des Einzelplans 25 somit abgeschlossen habe.

[Unterbrechung der Sitzung von 12.17 Uhr bis 12.57 Uhr]

Einzelplan 10 – Bildung, Jugend und Familie –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet darum, den gesamten Einzelplan aufgrund der Kleinteiligkeit der vielen Anfragen und Berichte aus dem Fachausschuss zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass so verfahren werden solle.

Kapitel 1000 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Mitberaten wird:

a)	Bericht SenBildJugFam – ZS C – vom 27.03.2023 **Erreichung von Prozessoptimierungen, Ablaufbeschleunigungen und -vereinfachungen sowie Umsetzung von Digitalisierungsprojekten hier: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie** gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23 Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme (in der 39. Sitzung am 30.08.2023 zur 1. Lesung des Einzelplans 10 vertagt)	0929 Haupt

b) Bericht Senat von Berlin – BJF V B 23 – vom 16.05.2023 — 0988 Haupt
Jährlicher Bericht über die Umsetzung des Unterhaltsvorschussgesetzes – Bericht über das Jahr 2022
gemäß Auflage B. 80 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23
(in der 38. Sitzung am 21.06.2023 vertagt und dem Ausschuss BildJugFam m.d.B. um Stellungnahme bis zur 1. Lesung des Einzelplans 10 zur Verfügung gestellt)

Hinweis: Die erbetene Stellungnahme liegt noch nicht vor.

c) Bericht SenBJF – V B 23 – vom 17.08.2023 — 0988 A Haupt
Umsetzung des Unterhaltsvorschussgesetzes Beantwortung der Fragen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
(Berichtsauftrag aus der 38. Sitzung vom 21.06.2023)
(in der 39. Sitzung am 30.08.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 10 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 0929, 0988 und 0988 A jeweils ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 42722 – Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre) –
Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen –

Silke Gebel (GRÜNE) konstatiert, diese beiden Ansätze sänken. Woran liege das?

Ina Wiersgalla (SenBJF) erläutert, die Ausbildungsentgelte würden stets mit einem Merkansatz veranschlagt und im Verlauf des Jahres aus den Personaltiteln verstärkt, wenn die entsprechenden Personen ihre Arbeit aufnähmen. Ähnliches gelte für Prämien: Der Betrag dafür werde seit vielen Jahren gemäß Aufstellungsrundschreiben fortgeschrieben, die Prämien selbst würden aus den Personaltiteln bezahlt und das Ist auf den angefragten Titel gebucht.

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Silke Gebel (GRÜNE) stellt fest, dass an dieser Stellte das Berliner Landesinstituts für Aus-, Fort- und Weiterbildung erstmals genannt werde. Ihre Fraktion bitte hierzu um einen Bericht, der über den aufgerufenen Titel hinausgehe und in dem die Planungen und der jeweils zugehörige Stand dargestellt würden. Sie werde diese Bitte auch noch schriftlich einreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle verfahren werden.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Silke Gebel (GRÜNE) geht auf den großen Aufwuchs um rund 1,5 Mio. Euro im Vergleich zum Ansatz 2023 ein und bittet um eine Erklärung hierfür, insbesondere angesichts der Kürzungen bei Zuwendungsempfängern im Demokratiebereich.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) führt aus, unter diesem Titel sei u. a. die Organisation des Berlin-Tages geführt. Der sei eine wichtige Werbeveranstaltung zur Fachkräftegewinnung, die zweimal jährlich stattfinde. Der Ansatz 2023 sei nicht auskömmlich gewesen, es hätten auch im vorhergehenden Doppelhaushalt deutlich höhere Mittel zur Verfügung gestanden. Hier zu einer auskömmlichen Finanzierung zurückzugelangen sei der Hauptgrund für den Anstieg.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) weist darauf hin, dass die Zahl, die in der ersten Zeile für den Ansatz 2023 genannt werde, nicht mit jener in der letzten Zeile der Tabelle korrespondiere; tatsächlich gehe es beide mal um 699 000 Euro. Sie gehe davon aus, dass dieser Fehler noch redaktionell bereinigt werde.

Silke Gebel (GRÜNE) erkundigt sich, was „Externe Unterstützung durch Arbeitnehmerüberlassung“ genau bedeute.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) erklärt, dass im Zusammenhang mit der Verbeamtung von Lehrkräften und der Zahlung des Nachteilsausgleichs große personelle Kapazitäten benötigt würden. Diese schaffe man u. a. durch Arbeitnehmerüberlassung, um kurzfristig Personal aufzubauen. Da sich diese Herausforderung durch den Doppelhaushalt ziehen werde, seien Aufwüchse in beiden Jahren vorgesehen. – Den Hinweis auf einen möglichen Fehler werde man berücksichtigen.

Titel 97114 – Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG –

Silke Gebel (GRÜNE) kündigt an, ihre Fraktion werde schriftlich die Bitte um einen Bericht über die einzelnen Schritte bei der Qualitätsverbesserung der Schulreinigung einreichen.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet um einen schriftlichen Bericht, in dem dargestellt werde, welche Maßnahmen der Prävention von Jugendgewalt konkret gefördert würden. Der Punkt tauche in mehreren Titeln auf; sie bitte um titel- und projektscharfe Darstellung. Außerdem möge bitte dargelegt werden, wie die Aufteilung auf die Bezirke erfolge und ob es Umsetzungsvorgaben für die Bezirke gebe.

Im Teilansatz 3 „Konnexität KJSG, Pflege“ seien für beide Haushaltsjahre diverse Vollzeitäquivalente eingeplant, zugleich werde oft davon gesprochen, dass es ab 2025 einen Einstellungsstopp geben solle. Seien davon solche explizit ausgewiesenen Stellen ausgenommen? – Ähnliches sei bei den Familienservicebüros zu sehen.

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF) informiert, dass zum Thema Jugendgewaltgipfel durch den Fachausschuss bereits ein ausführlicher Bericht angefordert sei; man werde diesen gern dem Hauptausschuss zur Verfügung stellen. Dort würden alle gestellten Fragen beantwortet. – Ein Einstellungsstopp sei allerdings nicht avisiert. Die Mittel für die Vormundschafts- und Betreuungsrechtsreform in den Jugendämtern seien entscheidend.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erläutert, in der Presse sei berichtet worden, der Finanzsenator habe angekündigt, dass aufgrund der finanziellen Lage durchaus mit dem Instrument des Einstellungsstopps gearbeitet werden könne. Sie werde ihre Frage gern zur gegebenen Zeit an die Finanzverwaltung richten; sie wolle aber dafür sensibilisieren, dass, wenn Stellen in Aussicht gestellt und sogar im Haushaltsplan verankert würden, ein gemeinsames Interesse bestehen sollten, dass sie dann auch wirklich eingerichtet würden.

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben –

Silke Gebel (GRÜNE) interessiert, bis wann die Verwaltung die Pauschale Minderausgabe in Höhe von 10 Mio. Euro aufgelöst haben werde und welche Anweisungen und Informationen SenFin dazu gegeben habe. Welche Bereiche seien, weil es sich um Pflichtausgaben oder um der politischen Leitung besonders wichtige Zuwendungen handele, davon ausgenommen? – Auch hierzu werde sie eine schriftliche Frage nachreichen, freue sich aber auch schon über mündliche Auskunft.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) antwortet, dass es auch zu diesen Fragen bereits Berichtsaufträge des Fachausschusses gebe, und schlägt vor, diese angeforderten Berichte auch dem Hauptausschuss zur Verfügung zu stellen.

Sebastian Walter (GRÜNE) kündigt an, seine Fraktion werde konkrete Fragen zur PMA einreichen; er bitte die Verwaltung darum, darauf zu achten, dass auch diese in ihrem Bericht beantwortet würden. So interessiere ihn, welche Auswirkungen die zentrale PMA auf den Einzelplan von SenBJF haben werde. Er gehe davon aus, dass die Verwaltung kalkuliere, wie hoch der Anteil sein werde, der auf SenBJF entfalle, und Überlegungen anstelle, welche Titel das betreffen könnte; diese Überlegungen bitte er mit dem Ausschuss zu teilen.

Kapitel 1009 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie –
Personalüberhang –

Keine Wortmeldungen.

**Kapitel 1010 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie –
Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens;
allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung –**

Mitberaten wird:

a) Bericht SenBJF – II E 10 – vom 03.08.2023 — 0985 A
Thematische Schwerpunkte bei den angebotenen Fortbildungen und Veranstaltungen des Leadership.lab sowie Eingliederung ins Landesinstitut — Haupt
(Berichtsauftrag aus der 38. Sitzung vom 21.06.2023)
(in der 39. Sitzung am 30.08.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 10 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0985 A ohne Aussprache zur Kenntnis.

b) Bericht SenBJF – II BfdH – vom 04.09.2023 — 1129
Wirtschaftspläne 2024/2025 — Haupt
Kapitel 1010
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23
(in der 40. Sitzung am 13.09.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 10 zurückgestellt)

Sandra Khalatbari (CDU) geht auf die Absenkung der Mittel an die Stiftung des Lette-Vereins ein, die dazu geführt hätten, dass Baumaßnahmen nicht durchgeführt werden könnten. Sie bitte um Ausführungen zu den dringend notwendigen Baumaßnahmen.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) erklärt, nicht alle Anliegen könnten bei der Haushaltsplanaufstellung auskömmlich berücksichtigt werden. Die Verwaltung habe sich darum bemüht, dass für den Lette-Verein die notwendigen Mittel eingestellt würden. Mittel für Baumaßnahmen seien im investiven Teil enthalten, und es zeichne sich ab, dass bestimmte Baumaßnahmen in die Zeit des folgenden Doppelhaushalts verschoben werden müssten. Dringend notwendige Baumaßnahmen seien aber nach Berechnungen von SenBJF im Ansatz berücksichtigt. Die Absenkung im konsumtiven Anteil hänge mit der Refinanzierung aus den Kooperationsverträgen mit den Krankenhäusern zusammen. Insofern sei der Ansatz zwar knapp kalkuliert, aber nach derzeitigem Wissensstand auskömmlich.

Sebastian Walter (GRÜNE) erinnert daran, dass der Lette-Verein dargelegt habe, dass es bei den konsumtiven Ausgaben zu unausweichlichen Mehrbedarfen kommen werde; so müssten z. B. steigende Energiekosten einkalkuliert werden. Das könne mit der zur Verfügung gestellten Summe nicht abgedeckt werden. Habe der Senat diesbezüglich einen Plan? Gebe es Sondertöpfe, aus denen Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten? Oder müsse das Angebot des Lette-Vereins reduziert werden, um Mehrausgaben an anderer Stelle einzusparen?

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) betont, die steigenden Energiekosten beträfen viele Institutionen. Wenn man konkrete Zahlen habe, werde in der Haushaltsdurchführung zu

sehen sein, was zur Abfederung getan werden könne. Die Ansätze seien so kalkuliert, dass sie ausreichen müssten; sollten überraschende Entwicklungen eintreten, die höhere Preissteigerungen als antizipiert mit sich brächten, werde das im Rahmen der Haushaltdurchführung zu lösen sein.

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet darum, dass auch hierzu ein Bericht erstellt werde, der bis Ende des zweiten Quartals 2024 vorgelegt werden solle. Da sich das Pestalozzi-Fröbel-Haus in ähnlicher Art geäußert habe wie der Lette-Verein, bitte er, auch die Situation dort im Bericht zu schildern.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Bericht werde bis 30. Juni 2024 erwartet.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1129 zur Kenntnis.

c) Bericht SenBJF – II A – vom 21.09.2023 — 0409 C
Abschaffung der Bedarfsprüfung in Jahrgangsstufen 1 bis 6 und Einführung der Beitragsbefreiung im sogenannten 'Hortbereich' (eFöB) — Haupt
gemäß Auflage B. 72 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0409 C ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 11917 – Rückzahlung von Zuschüssen an Schulen in freier Trägerschaft –

Silke Gebel (GRÜNE) erkundigt sich, was mit den erbrachten Leistungen passiere, wenn Zuschüsse zurückgezahlt würden.

Thomas Duveneck (SenBJF) führt aus, es finde ein Verrechnung mit den Zuschüssen, die die freien Träger im laufenden Haushalt erhielten, statt. Die Rückforderungen beruhten in der Regel darauf, dass weniger Schüler an den Schulen gewesen seien als prognostiziert. Das erweise sich jeweils bei Prüfung der Verwendungsnachweise. In der Durchführung handele es sich um ein eingeübtes Verfahren.

Silke Gebel (GRÜNE) kündigt an, ihre Fraktion werde einen titelübergreifenden Berichtsauftrag zum Thema Schulen in freier Trägerschaft einreichen, der u. a. die Zahl der Schüler an solchen Schulen thematisieren werde, die Zusammensetzung der Schülerschaft und welche Aufgaben die Schulen übernähmen, z. B. im Zusammenhang mit den Willkommensklassen.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung –

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet darum, dass der Titel zurückgestellt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so werde verfahren.

Titel 52509 – Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bemerkt, das Ist im Jahr 2022 sei sehr gering gewesen. Das möge Teilweise durch die vorläufige Haushaltswirtschaft begründet sein, aber auch der Mittelabfluss per 1. Juli 2023 sei mit unter 100 000 Euro marginal gewesen. Sie bitte um Ausführungen, warum dem so sei; es gebe ja sicherlich Gründe dafür, dass der Ansatz gleich hoch bleibe, obwohl die Mittel nur so geringfügig abflössen. Wenn das mündlich nicht möglich sei, solle es schriftlich erfolgen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die Verwaltung kündige schriftliche Beantwortung an.

Titel 52520 – Maßnahmen für die Begabungsförderung von Schülerinnen und Schülern –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) stellt fest, hier stelle sich die gleiche Frage wie sie sie eben schon zu Titel 52509 – Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT formuliert habe, und bittet um nähere Ausführungen zu den Gründen für den schlechten Mittelabfluss und den Maßnahmen, die ergriffen würden, um die Ausschöpfung zu optimieren.

Vorsitzender Stephan Schmidt erklärt, auch hierauf werden schriftliche Beantwortung angekündigt.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) geht auf den Teilansatz 22 – Vorbereitungen für ein Berliner Landesinstitut für Aus-, Fort- und Weiterbildung – ein und bittet um einen aktuellen Stand. Eigentlich sei geplant, dass das Institut 2024 fertig werden solle; in diesem Fall bräuchte es allerdings 2025 keine Vorbereitungsmittel mehr, die aber im Haushaltspanentwurf vorgesehen seien.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) erläutert, das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg, LISUM, bestehe noch bis 31. Dezember 2024 fort, entsprechend solle das neue Landesinstitut erst 2025 den Betrieb aufnehmen. Daher brauche man durchaus noch Vorbereitungsmittel. Im Übrigen sei auch hierzu durch den Fachausschuss ein Bericht beauftragt und seine Verwaltung werde gern schriftlich näher Auskunft geben.

Silke Gebel (GRÜNE) bemerkt, der Berichtsauftrag des Fachausschusses sei dem Hauptausschuss am Morgen seiner Sitzung erst zugegangen; Zeit zur näheren Befassung damit sei nicht vorhanden gewesen. Der Hauptausschuss gebe sich zwar Mühe zu berücksichtigen, welche Berichte durch die Fachausschüsse schon beauftragt seien, habe aber das Recht, selbst Fragen zu stellen.

Ihre Frage beziehe sich auf das schulische Mittagessen, dessen Beprobung im aufgerufenen Titel etatisiert sei. Sie bitte auszuführen, inwiefern die Landesseite versuche, das Essen stärker zu kontrollieren, und inwieweit sie Anstrengungen unternehme, damit der Festpreis von 4,50 Euro steige. Oder sei sie der Ansicht, dass der Festpreis von vor der Inflation ausreiche?

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) entgegnet, dass er mit seinem Verweis auf den Bereits vorliegenden Berichtsauftrag keinesfalls versucht habe zu implizieren, dass die Aufträge des Hauptausschusses zu diesem Thema dadurch schon gegenstandslos seien.

Mit Blick auf das Schulmittagessen teile die Verwaltung die Auffassung, dass der derzeitige Preis von 4,36 Euro nicht zu halten sei. Darum habe SenBJF gemeinsam mit SenFin ein Gutachten beauftragt, um einen neuen Festpreis zu berechnen. Die Möglichkeit des portionsgenauen Abrechnens solle bei den anstehenden Neuausschreibungen der Catererverträge 2024 berücksichtigt werden. Diese erfolgten durch die Schulträger, die Senatsverwaltung begleite aber dabei. Koordiniert und federführend vorbereitet werde über die Qualitätskontrollstelle Schulmittagessen aus Pankow.

Thomas Duveneck (SenBJF) ergänzt, der Aufwuchs beruhe auch darauf, dass SenBJF es in seiner Verantwortung sehe, die Bezirke in juristischen Fragen bei der Durchführung zu beraten. Diese juristische Expertise sei insbesondere im Fall von Bieterrügen, mit denen infolge der Neuausschreibung der Schulmittagessen in der Primarstufe zu rechnen sei, sehr wichtig.

Titel 63201 – Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) geht auf den Staatsvertrag für das LISUM ein, das durch das bereits angesprochene Berliner Landesinstitut für Aus-, Fort- und Weiterbildung abgelöst werden solle. Sei hierüber im Fachausschuss bereits ein Tätigkeitsbericht beantragt worden? – Da der Reaktion der Verwaltung zu entnehmen sei, dass das der Fall sei, genüge ihr dieser Bericht, und sie habe keine weiteren Fragen.

Titel 68537 – Zuschuss an die Stiftung Planetarium Berlin –

Silke Gebel (GRÜNE) geht auf einen Bericht ein, den der Hauptausschuss erhalten habe und dem zu entnehmen sei, dass die Stiftung begonnen habe, ihre Rücklagen aufzulösen, um die gestiegenen Energiekosten zu finanzieren. Halte die Senatsverwaltung das für richtig? – Es handele sich wohl um einen sechsstelligen Betrag, den weder die BIM noch das Land Berlin zu übernehmen bereit seien. Grundsätzlich gelte es als ratsam, über Rücklagen in ausreichender Höhe zu verfügen, um alle Gehälter drei Monate lang bezahlen zu können, und die Stiftung gerate in eine Situation, da das nicht mehr der Fall sei.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) kündigt eine schriftliche Beantwortung der Frage an; ad hoc könne er leider keine Ausführungen zu den Rücklagen der Stiftung machen.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet um eine Erklärung für die Absenkungen in den Teilansätzen 1 – BIG Prävention –, 17 – Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt –, 18 – Heroes –, 22 – KIgA –, 25 – mehr als lernen –, 33 – Landesverband der Kita- und Schulfördervereine Berlin-Brandenburg e. V –, 35 – Natur- und Werkpädagogik PFH – und 37 – QueerLeben/inter*trans*Beratung für Jugendliche. Neu aufgenommen sei TA 38 – Zuschuss an die Urania Berlin e. V. –, was sie in einem schriftlichen Bericht zu begründen bitte.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die Berichtsaufträge seien aufgenommen.

Sebastian Walter (GRÜNE) erinnert daran, dass aufgrund der zahlreichen Kürzungen schon im Fachausschuss eine lebhafte Debatte zu diesem Titel stattgefunden habe. Er bitte darum, die Beantwortung aller dort gestellten Fragen auch dem Hauptausschuss zur Verfügung zu stellen. Er finde es erstaunlich, dass, nachdem vor zwei Jahren bereits bei vielen der Projekte unter diesem Titel gekürzt worden sei, das nun in noch viel umfangreicheren Maße geschehe. Er nehme wahr, dass unabhängig von der Hausleitung immer wieder versucht werde, diese Projekte loszuwerden. Angesichts der geringen Höhe der Einsparungen könne er sich nicht erklären, warum dem so sei. Darüber werde in der zweiten Lesung noch einmal zu diskutieren sein.

Silke Gebel (GRÜNE) kündigt an, ihre Fraktion werde schriftlich Fragen zum Thema Jugenddemokratieförderung einreichen. Immerhin werde eine Absenkung des Wahlalters geplant, in deren Zusammenhang Projekte zur Demokratieförderung für Jugendliche umgesetzt werden sollten; der Zusammenhang mit den hier vorliegenden Kürzungen interessiere sie.

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF) erläutert, beim Jugenddemokratiefonds handele es sich um eine parlamentarische Initiative der CDU- und der SPD-Fraktion, insofern sei er der falsche Ansprechpartner. Auch die Debatte über die Absenkung der Mittel für die genannten Projekt sei im Parlament zu führen.

Titel 68585 – Sonstige Zuschüsse für kulturelle Projekte im Bildungsbereich –

Christian Goiny (CDU) kommt auf TA 14 – Urban dance goes professionell – zu sprechen, der bisher im Zusammenhang mit Flying Steps gefördert worden sei. Es gebe spannende Konzepte, wie man die Themen Tanz, Sport und Schulunterricht miteinander verbinden könne. Er bitte darum, die diesbezüglichen Ideen in einem Bericht darzustellen und einzuordnen, wie man sie ggf. im Haushalt etatisieren könne.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dem solle nachgekommen werden.

Titel 68617 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke in den Bereichen Jugend, Bildung, Kultur und Wissenschaft –

Sandra Khalatbari (CDU) bemerkt, dass u. a. für die Erstattung eines pauschalierten Schulgeldes für die Beschulung von geflüchteten und schutzsuchenden Schülerinnen und Schülern aus der Ukraine an Schulen in freier Trägerschaft unter TA 2 – Ersatz von Einnahmeverlusten bei Schulen in freier Trägerschaft – der Ansatz für 2023 bei null liege. Diese Kosten hätten naturgemäß im vorherigen Doppelhaushalt noch nicht berücksichtigt werden können. Sie bitte um eine schriftliche Stellungnahme hierzu.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) versichert, auch wenn kein entsprechender Ansatz vorhanden gewesen sei, habe man den Schulen in freier Trägerschaft für den angesprochenen Zweck Mittel zur Verfügung stellen können. Bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2024/25 habe das Berücksichtigung gefunden.

Titel 89361 – Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft im Rahmen des Infrastrukturausbaus der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) stellt fest, dass diese Mittel im Jahr 2022 nur wenig und im Jahr 2023 bis dato überhaupt nicht abgerufen worden seien. Sie bitte, den bereits angeforderten Bericht zu Schulen in freier Trägerschaft um Informationen zu ergänzen, wie diese Mittel abgerufen würden und was getan werde, damit die Schulen die Mittel abriefen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die Erweiterung der Berichtsauftrags sei damit erfolgt.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) weist darauf hin, dass die Tatsache, dass kein Mittelabfluss in relevanten Größenordnungen stattfinde, nicht bedeute, dass nichts passiere. Der Mittelabfluss erfolge hier ganz am Ende, wenn z. B. Ausschreibungen und bauliche Maßnahmen umgesetzt und die Rechnungen bezahlt seien. Hier stünden also Mittelabflüsse bevor.

Titel 89367 – Zuschuss an die Stiftung Planetarium Berlin für Investitionen –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) interessiert, weshalb die Mittel für Investitionen abgesenkt würden, obwohl das Planetarium derzeit im Ausbau befindlich sei. In diesem Zusammenhang wolle sie auch ansprechen, dass hier mit der BIM kooperiert werde, die Mittel für die Bewirtschaftung erhalte. Im Kulturbereich habe sich gezeigt, dass solche Mittel von der BIM nicht in voller Höhe an die Institutionen gegeben würden, ein Ausgleich aber über Einzelplan 29 – Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten – erfolge. Sei das auch hier eine Option?

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) antwortet, sein Haus werde hierzu einen schriftlichen Bericht vorlegen.

Kapitel 1011 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentral verwalteten Schulen –

Mitberaten wird:

Bericht SenBJF – IV C / III C – vom 28.06.2023 **Tätigkeitsbericht zur Arbeit der Jugendberufsagentur** gemäß Auflage B. 78 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23 (in der 39. Sitzung am 30.08.2023 von der Konsensliste genommen und zur 1. Lesung des Einzelplans 10 zurückgestellt)	0398 C Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0398 C ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

Dr. Kristin Brinker (AfD) geht darauf ein, dass gemäß Erläuterung zum Titel je 1 500 Euro für „Ausstattung für den Unterricht in der Landesstelle für gewerbliche Berufsförderung in Entwicklungsländern“ vorgesehen seien; auch in anderen Titeln komme die Förderung von Entwicklungsländern mit kleinen Summen vor. Was genau sei damit gemeint? Um welche Förderung in welchen Entwicklungsländern gehe es?

Mirko Salchow (SenBJF) erklärt, die Mittel seien für die langjährige Kooperation des Oberstufenzentrums für Natur & Umwelt Peter-Lenné-Schule mit Afrika zur Trinkwasseraufbereitung.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erkundigt sich, was sich hinter TA 8 – Berliner Schulpaten – verberge. Hierzu fehle die Erläuterung im Haushaltsplanentwurf.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, die Verwaltung wünsche hierauf schriftlich zu antworten.

Kapitel 1012 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen –

Mitberaten wird:

a) Bericht SenBJF – I B – vom 08.08.2023 — 0824 D
Lehrkräfteverbeamtung – Aktueller Sachstandsbericht — Haupt
(Berichtsauftrag aus der 38. Sitzung vom 21.06.2023)
(in der 39. Sitzung am 30.08.2023 von der Konsensliste genommen und zur 1. Lesung des Einzelplans 10 zurückgestellt)

b) Bericht SenBJF – I B – vom 28.08.2023 — 0824 F
Verbeamtung von Lehrkräften
hier: Nachteilsausgleich und Kohortenlösung — Haupt
(Berichtsauftrag aus der 38. Sitzung vom 21.06.2023)
(in der 40. Sitzung am 13.09.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 10 zurückgestellt)

c) Bericht SenBJF – I B – vom 19.09.2023 0824 G
Verbeamtung von Lehrkräften: Ergebnisse der Abstimmungen zwischen den beteiligten Senatsverwaltungen zu den Details des Gewährungsverfahrens (Zeitpunkt des Anspruchs, Antragsverfahren u. a.); Lehrkräfteverbeamtung – Zusätzliche Kompensationsmöglichkeiten etc.
(Berichtsauftrag aus der 38. Sitzung vom 21.06.2023) Haupt

Hinweis: s. neues Kapitel 1080 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Schule in der digitalen Welt – mit weiteren Berichten

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) kommt darauf zu sprechen, die Anpassung des Stellenplans offenbar über das Parlament vorgenommen werden solle. Sie finde das schwierig, weil damit unnötig Zeit verstreiche; es liege noch nichts vor, worüber das Parlament abstimmen könne. Daher frage sie den Senat, warum noch immer keine Anpassung des Stellenplans vorgenommen worden sei, um die Kompensationszahlungen zu ermöglichen.

Außerdem habe die Senatorin der Presse gegenüber eine großzügigere Altersteilzeitlösung erwähnt; diese finde sich in den Berichten aber nicht wieder. Was habe es damit auf sich?

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) führt aus, Stellenvorsorge sei noch nicht getroffen worden, weil dazu die konkrete Zahl derer, die nicht verbeamtet werden wollten, bekannt sein müsse. Darum sei eine Abfrage durchgeführt worden, und nun könne ihre Verwaltung die entsprechende Meldung an SenFin machen. Erst dann könne haushälterisch Sorge getroffen werden. Das Konstrukt habe sie bei ihrem Amtsantritt so übernommen; Vorsorge hätte zuvor für das laufende Haushaltsjahr getroffen werden müssen. Das sei nicht geschehen. Nun würden im Rahmen der Möglichkeiten der zeitlichen Abfolgen die Maßnahmen getroffen, die überhaupt noch möglich seien.

Die Prüfung des Nachteilsausgleichs aufgrund der Absenkung von Stunden in ihrem Haus dauere noch an, darum könne er noch nicht berücksichtigt werden.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt nach, zu welchem Zeitpunkt die Verwaltung einen Bericht werde vorlegen können.

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) antwortet, der weitere Ablauf der Verbeamtung für diejenigen, für die sie laufbahnrechtlich im Raum stehe und die entweder eine Erklärung abgegeben hätten, dass sie nicht verbeamtet werden wollten, oder den Antrag auf Verbeamtung gestellt hätten, seien zeitlicher Horizont und weiterer Ablauf klar. Über die abgeschlossene Prüfung aller anderen Maßnahmen werde ihr Haus schnellstmöglich und zum gegebenen Zeitpunkt berichten.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 0824 D, 0824 F und 0824 G zur Kenntnis.

Titel 51426 – Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke –

Silke Gebel (GRÜNE) erkundigt sich, ob sie recht gehe in der Annahme, dass unter diesem Titel, der nun wegfalle, die Coronatests und Masken veranschlagt gewesen seien. Wie viele Masken und Tests für Schulen seien noch vorhanden?

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) bestätigt, dass aus diesem Titel Schutzmaßnahmen gegen Corona finanziert worden seien. Über die noch vorhandenen Bestände werde sein Haus schriftlich Auskunft erteilen. Diese seien zur freien Verwendung verfügbar, damit sie möglichst sinnvoll eingesetzt werden könnten.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung –

Dr. Kristin Brinker (AfD) bemerkt, dass TA 9 – Pädagogische Unterrichtshilfen – gänzlich wegzufallen scheine; oder werde das Thema nun an anderer Stelle verortet? Was genau seien pädagogische Unterrichtshilfen?

Vorsitzender Stephan Schmidt konstatiert, die Verwaltung wünsche hierauf schriftlich zu antworten.

Titel 52509 – Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT –

Silke Gebel (GRÜNE) moniert, der Berichtsauftrag ihrer Fraktion im Fachausschuss zu diesem Thema sei nicht ausreichend beantwortet worden, da SenBJF eine Liste, die nur nach Bezirken gegliedert sei, erstellt habe; sie bitte um eine Untergliederung auch nach Schulformen, die ebenfalls schriftlich erfolgen solle.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle verfahren werden.

Titel 52703 – Dienstreisen –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) zitiert aus der Titelerläuterung, Dienstreisen dürften „nur durchgeführt werden, wenn das Dienstgeschäft sich nicht durch andere Kommunikationsmittel erledigen lässt“. Wie setze die Verwaltung das durch?

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) erklärt, der Satz sei dahingehend zu verstehen, dass im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung Dienstreisen, die durch Videokonferenzen ersetzt werden könnten, auch durch diese ersetzt werden sollten. Wenn Dienstreiseanträge gestellt würden, sei zu versichern, dass es keine andere Möglichkeit als die Reise gebe; das könne stichprobenartig geprüft werden.

Titel 53104 – Begegnungen, politische Bildungsarbeit, Gruppenfahrten –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) weist darauf hin, dass der Titel 2024 um 100 000 Euro abgesenkt werden solle, obwohl die Auslastung in der Vergangenheit immer recht hoch gewesen sei. 2025 kämen 100 000 Euro hinzu, was aber mit der „Entwicklung eines Senatsprogramms zur logistischen Unterstützung von Schülerinnen- und Schülerfahrten zu Gedenkstätten“ begründet werde. Sei es angesichts der Bedeutung von politischen Bildungsfahrten nicht sinn-

voller, bei der ursprünglichen Höhe des Ansatzes zu bleiben und die Mittel 2025 zusätzlich zur Verfügung zu stellen?

Mirko Salchow (SenBJF) antwortet, nach Ansicht der Verwaltung sei der Titel angesichts der Reisetätigkeit der Vergangenheit auskömmlich ausgestattet. Sollte das Geld nicht ausreichen, bestehe die Möglichkeit, im laufenden Haushalt z. B. über die Mittel für Städtepartnerschaften in Titel 54053 – Veranstaltungen zu verstärken.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) meint, dass die Ist-Zahlen in eine andere Richtung wiesen; sie nehme die Antwort aber so zur Kenntnis.

Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung) –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bemerkt, dass die Begründung für die Ausgaben hier dieselbe sei wie im Doppelhaushalt 2022/23, zwischen den Ansatzhöhen aber eine deutliche Diskrepanz bestehe; das Ist 2022 sei geringer als beide Ansätze. Sie bitte um Erklärung hierfür.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) kündigt eine schriftliche Beantwortung an.

Titel 68179 – Leistungen für Bildung und Teilhabe – Lernförderung –

Dr. Kristin Brinker (AfD) bittet um eine genaue Auflistung der Träger bzw. Zuschussempfänger, die die veranschlagten Mittel erhalten sollten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die Auflistung solle schriftlich vorgelegt werden.

Titel 68554 – Schulbezogene Jugendsozialarbeit –

Silke Gebel (GRÜNE) erkundigt sich nach dem Einstellungsstand. In der Titelerläuterung würden 60 zusätzliche Stellen erwähnt, die im Rahmen des Gipfels gegen Jugendgewalt 2023 vereinbart worden seien. Zu dem Gipfel bitte sie um einen umfassenden Bericht, in dem titelübergreifend alle Maßnahmen und deren Umsetzungsstand dargestellt würden. Auch die Kriterien, nach denen Jugendsozialarbeit zugewiesen werde, mögen dargestellt. Sie interessiere, ob alle Bezirke berücksichtigt würden.

Dr. Kristin Brinker (AfD) bittet darum, den Bericht um die Information zu erweitern, welche Einsatzorte für die 60 zusätzlichen Stellen vorgesehen seien.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, ein entsprechender Bericht werde erwartet.

Titel 42734 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Förderung von Schulen im Rahmen des Bonus-Programmes –

Silke Gebel (GRÜNE) bemerkt, dass auch hier der Mittelabfluss erstaunlicherweise relativ gering sei, obwohl es doch ein großes Bedürfnis gebe, dass das Programm weiterlaufe. Wie lange solle das Bonus-Programm aus Sicht von SenBJF weiterlaufen? Plane die Verwaltung seine Beendigung?

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) antwortet, SenBJF sehe angesichts der großen Herausforderungen die Notwendigkeit, das Programm fortzuführen, und plane, das zu tun. Wenn die Bundesmittel aus dem Startchancenprogramm kämen, wolle die Verwaltung auch gern aufsatteln. – Der geringe Mittelabfluss hänge mit der vorläufigen Haushaltswirtschaft im Jahr 2022 zusammen.

Titel 51980 – Kleine Instandhaltungsarbeiten zur Unterstützung von Schulen aus dem Verfügungsfonds –
Titel 52580 – Fortbildung und Qualifizierung zur Unterstützung von Schulen aus dem Verfügungsfonds –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) konstatiert, dass offenbar 5 Mio. Euro aus dem erstgenannten Titel in den zweiten transferiert worden seien. Gebe es dafür einen haushälterischen Grund?

Silke Gebel (GRÜNE) interessiert, warum das Ist unter Titel 52580 – Fortbildung und Qualifizierung zur Unterstützung von Schulen aus dem Verfügungsfonds so gering ausfalle, die Mittel also schlecht abflössen.

Sabine Kiep (SenBJF) erläutert, die Mittel seien in einem Titel vereint worden, weil für die gesamte Maßnahmegruppe ein Deckungskreis bestehe und sich die Haushaltswirtschaft wesentlich unkomplizierter Gestalte, wenn die anderen Titel finanziell nur aus einem einzigen Titel bedient werden müssten.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) erklärt bezüglich der Frage nach dem Mittelabfluss, dieser hänge mit den personellen Ressourcen in den Bezirken zusammen. Die Durchführung der kleinteiligen Maßnahmen, die aus diesem Titel finanziert werde, stelle grundsätzlich eine Herausforderung dar, 2022 sei die monatelange vorläufige Haushaltswirtschaft hinzugekommen.

Titel 54180 – Politische Bildungsarbeit an Schulen –

Silke Gebel (GRÜNE) kommt auf die Europawahl 2024 zu sprechen und merkt an, dass dieses Thema im gesamten Haushalt nicht zu finden sei. Was unternehme SenBJF, damit Kinder und Jugendliche – insbesondere die wahlberechtigten, aber auch die Wählerinnen und Wähler der Zukunft – vorbereitend begleitet würden? Sie bitte um einen übergreifenden Bericht, in dem dargestellt werde, an welchen Stellen die Verwaltung hier tätig werde und in welchen Titeln sich das wiederfinde. Sie freue sich aber auch über zusätzliche mündliche Ausführungen, sofern SenBJF sich in der Lage sehe, spontan zu antworten.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) unterstreicht, dass alle Wahlen als bedeutend eingeschätzt würden und die politische Bildung auch abseits des Haushaltsplans sehr ernst genommen werde. Der zweite Standort der Landeszentrale für politische Bildung verbessere deren Präsenz, und in den Rahmenlehrplänen spiele die politische Bildung ebenfalls eine wichtige Rolle. Eine schriftliche Ergänzung werde nachgeliefert.

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF) ergänzt, dass die Demokratieförderung in den Jugendfreizeiteinrichtungen als Querschnittsaufgabe verstanden und betrieben werde. In den Einrichtungen fänden beispielsweise seit vielen Jahren die U18- und die U16-Wahlen statt. Dies geschehe anlässlich einer anstehenden Wahl, ohne das eine Wahl besonders hervorgehoben werden müsse.

Kapitel 1014 – Berliner Landeszentrale für politische Bildung –

Titel 68572 – Zuschüsse an Stiftungen für staatsbürgerliche Zwecke –
Titel 52513 – Politische Bildungsarbeit –

Dr. Kristin Brinker (AfD) fragt, welche Stiftungen und welche parteinahen kommunalpolitischen Bildungswerke gefördert würden und wie sich die Summe nach welchem Verfahren aufteile.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet, dass der Widerspruch zwischen der drastischen Kürzung des TA 1, Zuschüsse an Berliner Vereine, Gruppen und Institutionen für einzelne Vorhaben der politischen Bildung, des Titels 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland – und der Titelerläuterung, die die gestiegenen Bedarfe durch die Inflation betone, erläutert werde. – Zum TA 3, Zweiter Standort Landeszentrale, des Titels 52513 solle ein Sachstandsbericht zum zweiten Standort der Landeszentrale erstellt werden.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) weist hin, dass die Fragen der Abgeordneten Brinker schriftlich detaillierter beantwortet werden könnten. Die Erläuterungen zum zweiten Standort der Landeszentrale sowie dem Widerspruch erfolgten ebenfalls schriftlich. Letztlich unterlägen die Ausgaben den finanziellen Einschränkungen des Haushalts.

Christian Goiny (CDU) bittet, dass im Bericht auch erläutert werde, inwiefern die Bildungsträger mit einer Anpassung der Förderrichtlinien und im Rahmen der Richtlinien und Bedingungen dabei unterstützt werden könnten, neue Zielgruppen zu erschließen oder ihre Angebote aufrechtzuerhalten. Seit Corona werde von Institutionen und Einrichtungen der politischen Bildung gemeldet, dass die Nachfrage und das Erreichen von Zielgruppen seit der Pandemie schwieriger geworden sei.

Sandra Khalatbari (CDU) ergänzt, dass im Bericht auch erläutert werden solle, worauf die Reduzierung des TA 5, Koordinierungsstelle Schule – außerschulische politische Bildung, zurückzuführen sei. Sie vermute als Grund den zweiten Standort der Landeszentrale.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Berichtswunsch entsprechend ergänzt werde.

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet, dass der Bericht auch die Antworten auf die umfassenden Fragen des Fachausschusses zu den beiden Titeln mitaufnehme.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass ein schriftlicher Bericht rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 10 am 10. November 2023 erwartet werde.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet, dass beim Titel 68572 die Mittelverwendung schriftlich aufgeschlüsselt und erläutert werde, wofür die Erhöhungen eingesetzt würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt weist hin, dass dies bereits im Berichtswunsch der Abg. Brinker abgedeckt sei.

Kapitel 1015 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Grundschulen –

Dr. Kristin Brinker (AfD) bittet, dass zum Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten – ein schriftlicher Bericht auflisten solle, an wie viele Lehrkräfte an welchen Schulen die Zulagenzahlung für Lehrkräfte an Schulen in schwieriger Lage ausgezahlt werde. Diese solle laut der Erklärung des Titels verlängert werden.

Silke Gebel (GRÜNE) bittet, dass schriftlich erläutert werde, welche Pläne die Koalition für die Europa-Schulen habe. Im Koalitionsvertrag sei eine Erweiterung des Angebots um weitere Sprachen und Standorte gerade in den östlichen Stadtteilen vereinbart. Das sei im Haushalt jedoch nicht auffindbar. Welche bestehenden Schulen würden verstärkt, und wo sei ein Ausbau geplant? Welche Kapazitätsbedarfe würden angenommen? Wie sei das in die Schulbauoffensive integriert? Die Europa-Schulen seien nachgefragt, und kieznahe Angebote könnten die Erreichbarkeit auch für andere Gruppen verbessern.

Bei Titel 67115 – Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für Angebote im Rahmen der ergänzenden Förderung und Betreuung (ehemals Hort) – sei die Frage, wie das Angebot qualitativ gesteuert werde. Werde mit weiteren freien Hortjahren gerechnet? Wie werde das etatisiert? In den letzten Jahren sei das häufig durch das Parlament eingebracht worden. – Zum Titel 68507 – Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft – gebe es die Frage, ob das Angebot der freien Schulen, 3 000 zusätzliche Plätze zu schaffen, angenommen worden sei. Wie könne das etatisiert werden?

Ines Rackow (SenBJF) erläutert, dass die Prognose zu den Ausgaben eine Schätzung sei. Es sei nicht vorhersehbar, welche Eltern sich entschieden, ihre Kinder an ergänzender Förderung teilnehmen zu lassen. Die Angabe basiere daher auf Erfahrungswerten, den Beobachtungen der Jahrgangsstufen 1 und 2 und stehe in engem Zusammenhang mit dem vorhin angesprochenen Bericht.

Thomas Duveneck (SenBJF) weist hin, dass sich die Gespräche mit den Schulen in freier Trägerschaft über 3 000 Plätze auf die Schulplatzschaffung im Sinne einer Unterstützung beim Schulbau bezögen. Dies werde mit den Schulen besprochen und geprüft. Das werde aber nicht aus diesem Titel finanziert. Generell wären 3 000 Plätze im Angebot der freien Schulen

begrüßenswert. Die Zuschüsse würden sich dann entsprechend erhöhen, weil das ein gesetzlicher Anspruch der Schulen sei.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 10 am 10. November 2023 ein schriftlicher Bericht erwartet werde.

Kapitel 1016 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Gemeinschaftsschulen –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1018 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Gymnasien –

Dr. Kristin Brinker (AfD) bittet, dass zum Titel 67131 – Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für Ganztagsangebote der Schulen – ein schriftlicher Bericht mit einer Übersicht über die Träger und jeweilige Einsatzorte erstellt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 10 am 10. November 2023 ein schriftlicher Bericht erwartet werde.

Kapitel 1019 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Integrierte Sekundarschulen –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 1020 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Sonderpädagogische Förderzentren –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) weist hin, dass es im Titel 67131 – Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für Ganztagsangebote der Schulen – eine große Diskrepanz zwischen den Ist-Ausgaben und Ansätzen gebe. Das gelte trotz der Erhöhung in 2024 und 2025, weil in der Auslastung des Titels eher ein Anstieg zu bemerken sei. Wenn die Ansätze für Juli 2023 betrachtet würden, lägen diese bereits bei knapp 6 Mio. Euro. Wie komme es zum Ausgleich der Kosten? Trügen das die Träger alleine?

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) teilt mit, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Silke Gebel (GRÜNE) greift auf, dass der TA 2, Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften, des Titels 67181 – Leistungen für Pflege und Hilfe für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf – neu eingerichtet worden sei. Im Bezirk Lichtenberg gebe es ein Pilotprojekt mit Schulgesundheitspflegekräften. Sie bitte um einen Bericht, wie das Projekt bewertet, pilotiert und evaluiert werde. Eventuell könne das allen Berliner Schüler/-innen zugutekommen

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass ein schriftlicher Bericht zur zweiten Lesung des Einzelplans 10 am 10. November 2023 erwartet werde.

Kapitel 1021 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Berufsbildende Schulen –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1022 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Staatliche Technikerschule –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1023 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Staatliche Ballett- und Artistikschule Berlin –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1024 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Zentral verwaltete Schulen –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt zum Titel 51420 – Beköstigung –, warum die Ansätze gleich geblieben seien, obwohl sich Lebensmittel inflationsbedingt stark verteuert hätten. Wie seien die Mehrkosten berücksichtigt? Bei der John-F.-Kennedy-Schule werde sogar von einer Reduzierung in 2025 ausgegangen, die sich aber nicht in der Gesamtsumme widerspiegle. Sei das ein redaktioneller Fehler? – Bei Titel 89360 – Zuschuss an den 1. FC Union Berlin – seien 2025 keine Mittel eingestellt. Rühre das daher, dass der Bauabschnitt A des Nachwuchsleistungszentrums 2024 fertig gestellt werden solle? Wann werde mit dem Bauabschnitt B begonnen?

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) teilt mit, dass zu den Fragen der Beköstigung ein schriftlicher Bericht erstellt werde.

Thomas Duveneck (SenBJF) führt aus, dass die Fertigstellung des Bauabschnitts A bis zum Frühjahr 2024 erwartet werde. Für den Bauabschnitt B gebe es noch keine konkreten Daten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass bis zur zweiten Lesung des Einzelplans 10 am 10. November 2023 ein schriftlicher Bericht vorgelegt werde.

Kapitel 1040 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Familie und frühkindliche Bildung –

Mitberaten werden:

a) Schlussbericht SenBJF – V D 13 / II A – vom 07.09.2023 — 0414 B Haupt
Umsetzung der Ausweitung der Anleitungsstunden für Erzieherinnen und Erzieher – Bericht für das Kita-/Schuljahr 2022/23
gemäß Auflage B. 75 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23
(in der 41. Sitzung am 20.09.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 10 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0414 B ohne Aussprache zur Kenntnis.

b) Vertraulicher Schlussbericht SenBJF – V A 23 – vom 11.09.2023 — 0292 D Haupt Vertrauliche Beratung
Wirtschaftlichkeit der Kita-Eigenbetriebe
gemäß Auflage B. 73 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23
(in der 41. Sitzung am 20.09.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 10 zurückgestellt)

Vorsitzender Stephan Schmidt weist hin, dass es sich um ein vertrauliches Schreiben handele. Würden vertrauliche Inhalte angesprochen, bitte er um einen entsprechenden Hinweis, damit die Öffentlichkeit ausgeschlossen werde.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0292 D ohne Aussprache zur Kenntnis.

Dr. Kristin Brinker (AfD) bittet um Erläuterung, warum im Titel 54010 – Dienstleistungen –, der Teilansatz 7, Digitalisierung Medienbildung, Kindertagesbetreuung, erst 2025 mit 5 Mio. Euro ausgestattet werde und was damit geplant sei.

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF) antwortet, dass das in den Koalitionsvereinbarungen vereinbart sei, aber es noch Vorbereitungszeit brauche, bis es 2025 starten könne.

Holger Schulze (SenBJF) ergänzt, dass im Titel 68635 – Zuschüsse nach dem Qualitätsentwicklungsgesetz Kindertagesbetreuung – Mittel aus dem KiTa-Qualitätsgesetz eingestellt seien und damit Maßnahmen der Digitalisierung in Kitas finanziert würden. Der Förderzeitraum des Gesetzes ende am 31. Dezember 2024. Dieser Teilansatz sei die Fortsetzung des Gesetzes und stoße weitere Maßnahmen wie die Digitalisierung des BeoKiz-Verfahren ab 2025 an.

Silke Gebel (GRÜNE) bittet, dass zum Titel 68181 – Leistungen für Bildung und Teilhabe – Mittagsverpflegung Kita – in einem schriftlichen Bericht dargestellt werde, welche Auswirkungen das Starke-Familien-Gesetz in Berlin habe. Die Frage werde schriftlich nachgereicht.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass bis zur zweiten Lesung des Einzelplans 10 am 10. November 2023 ein schriftlicher Bericht erwartet werde.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet um Erläuterung, warum im Titel 68436 – Zuschüsse zur Verbesserung der Betreuung in Kindertagesstätten –, die Teilansätze 5 und 6, Gesamtstädtisches Angebot zur Unterstützung von Kitas in der Umsetzung des Berliner Bildungsprogramms in den Bildungsbereichen MINT und Digitalisierung sowie die modellhafte Erprobung innovativer pädagogischer Ansätze, gestrichen worden seien. Seien diese in anderen Titeln abgedeckt?

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF) erläutert, dass der Teilansatz 5 eine Zusammenarbeit mit dem Deutschen Technikmuseum Berlin gewesen sei, die in dieser Form nicht funktioniert habe. Das Vorhaben sei aber begrüßenswert, daher gebe es Gespräche mit Dritten über eine Neuentwicklung. Diese solle nicht vom Land Berlin, sondern von Dritten finanziert werden. – Das Modellprojekt unter Teilansatz 6 sei abgeschlossen und solle nicht weitergeführt werden.

Holger Schulze (SenBJF) ergänzt, dass es im Haushalt 2022/2023 Mittel für modellhafte Erprobungen im Kontext der Kitasozialarbeit gegeben habe. An anderer Stelle seien nun insgesamt 3,2 Mio. Euro für Ausbau der Kitasozialarbeit und Erweiterung der Modellvorhaben etatisiert. Die Mittel des Teilansatz 6 gingen darin auf. Ein Modellprojekt im Bezirk Spandau, das für 2022/2023 angelegt war, werde in einem anderen Titel fortgeführt. Die Sprungbrett- und frühkindlichen Bildungsangebote vor Ort seien jetzt im TA 4, Masterplan Integration und Sicherheit, etatisiert. Deswegen sei der TA 6 auf null gesetzt worden.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet, dass die Stellen im Haushaltsplan genannt würden, wo die Mittel nun etatisiert seien.

Holger Schulze (SenBJF) antwortet, dass sich das im selben Titel unter TA 9, Modellprojekt zur Kitasozialarbeit, wiederfinde. Die Mittel des TA 6 seien wie oben erwähnt in den TA 4 verschoben worden.

Dr. Kristin Brinker (AfD) bittet, dass der TA 9 schriftlich aufgeschlüsselt werde, wo die Mittel verwendeten würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass zur zweiten Lesung des Einzelplans 10 am 10. November 2023 ein schriftlicher Bericht erwartet werde.

Titels 89370 – Zuschüsse für Investitionen an Träger im Rahmen des Kita-Ausbauprogramms –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet, dass der Senat im Kontext dieses Titels die Schaffung der Kreditfähigkeit der Kitaeigenbetriebe bewerte. Diese seien wie die freien Träger der Jugendhilfe über die Kostenblätter im Kitabereich finanziert und deckten darüber auch Investitionszuschüsse für Kreditaufnahmen für den Fall des Baus von Kitas.

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF) pflichtet bei, dass das Ansinnen interessant sei und weiter geprüft werden müsse. Die Debatte sei aber noch nicht abgeschlossen. Er selbst habe

bereits Gespräche mit den Geschäftsführungen der Eigenbetriebe geführt. Daraus folgten auch weitere Fragen, etwa zur Organisation, der Rechtsform etc. Letztlich liege das aber im Aufgabenbereich der SenFin.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) spricht sich dafür aus, dass diese Frage im nächsten Jahr im Hauptausschuss besprochen und abschließend geklärt werden solle.

Kapitel 1041 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Familienpolitik und Familienförderung –

Titel 54079 – Verschiedene Ausgaben –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) weist hin, dass das Ist in 2022 für die Unterstützung der Arbeit der Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut insbesondere im Hinblick auf die Prozessbegleitung in den Bezirken bedenklich niedrig gewesen sei.

Holger Schulze (SenBJF) führt aus, dass das 2022 erst relativ spät umgesetzt worden sei. Es werde erwartet, dass das Ist für 2023 deutlich höher sei. Die Frage könne schriftlich besser beantwortet werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass zur zweiten Lesung des Einzelplans 10 am 10. November 2023 ein schriftlicher Bericht erwartet werde.

Titel 68427 – Zuschüsse für Familienbildungsmaßnahmen –

Silke Gebel (GRÜNE) bittet um Erläuterung, welche Auswirkungen die Mittelabsenkung des TA 4, Landesprogramm Berliner Familienzentren, auf dessen Angebot habe. Könne der neue TA 15, Familienzentren an Grundschulen, schnell genug aufgebaut werden, um zu verhindern, dass Kinder zurückgelassen würden? Generell sei es eher kritisch, wenn als Reaktion auf gesellschaftliche Debatten Maßnahmen angekündigt würden, die bereits bestehende Programme und Leistunge aufgrund der Konkurrenz um Mittel gefährdeten.

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF) weist den Vorwurf zurück, dass Kinder zurückgelassen würden. Der Aufbau von Familienzentren und die finanzielle Ausstattung mit 2 Mio. Euro seien ein erheblicher Aufwuchs.

Holger Schulze (SenBJF) ergänzt, dass die 2024 und 2025 angesetzten 4,073 Mio. generell die Kernfinanzierung des Landesprogramms seien. Aufgrund der Fluchtbewegungen der letzten Jahre seien 500 000 Euro zusätzlich eingestellt worden, die jetzt rausgenommen würden. Im Sinne der Klarheit und Transparenz sei der TA 15 extra ausgewiesen worden. Generell sei das eine Fortsetzung des Landesprogramms, um in Folge des Jugendgewaltgipfels auch Familien von Grundschulkindern erreichen zu können.

Silke Gebel (GRÜNE) kündigt an, dass weitere Fragen für einen schriftlichen Bericht zum Thema der Umsetzung des Familienfördergesetzes sowie des Jugendfördergesetzes nachgereicht würden. Das diene der Nachvollziehbarkeit, wie sich das zu Beginn des gesetzlichen Anspruchs darstelle und entwickle.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass zur zweiten Lesung des Einzelplans 10 am 10. November 2023 ein schriftlicher Bericht erwartet werde.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt nach, warum die TA 6 und 12, die sich jeweils auf das Landesprogramm Stadtteilmütter bezögen, getrennt seien.

Holger Schulze (SenBJF) antwortet, dass die Ansätze aus Gründen der Nachvollziehbarkeit getrennt worden seien. Der TA 12 beinhalte die Finanzierung der Curriculumserweiterung im Kontext des Jugendgewaltgipfels.

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF) ergänzt, dass die Intention gewesen sei, die Maßnahmen, die sich aus dem Jugendgewaltgipfel abgeleiteten, mit Mitteln des Haushalts zu finanzieren und im Haushaltsplan auffindbar zu machen.

Kapitel 1042 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Jugend und Kinderschutz –

Mitberaten werden:

a) Schlussbericht SenBJF – III C – vom 25.08.2023 — 1063 B Haupt
Mittelbindung und -abfluss in den Kapiteln 1010 und 1012, Titel 68569 und 68585 sowie in Kapitel 1042, Titel 68425
hier: Kapitel 1042, Titel 68425
gemäß Auflage B. 83 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23
(in der 40. Sitzung am 13.09.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 10 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1063 B ohne Aussprache zur Kenntnis.

b) Schlussbericht Senat von Berlin – BJF III C – vom 22.08.2023 — 0921 C Haupt
Finanzierungskonzept für gesetzlich geregelte Freiwilligendienste FSJ und FÖJ nach dem JFDG
gemäß Auflage B. 85 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23
(in der 39. Sitzung am 30.08.2023 von der Konsensliste genommen und zur 1. Lesung des Einzelplans 10 zurückgestellt)

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt nach, warum sich die beiden Berichte auf dieselben Träger bezögen, aber unterschiedliche Summen genannt würden. Im Bericht rote Nr. 1063 B würden 868 951 Euro genannt, während im Bericht rote Nr. 0921 C 1,01 Mio. Euro genannt würden. – Wie viel Geld erhielten die Freiwilligendienstleistenden netto zusätzlich? Die Erhöhungen der Ausgaben für das FSJ und FÖJ seien auch für ein höheres Taschengeld gedacht

gewesen. Seien die Fahrtkosten enthalten? Hätten die Freiwilligendienstleistenden Anspruch auf das 9-Euro-Ticket? Gehe der schlechte Mittelabfluss darauf zurück, dass der Abrechnungszeitpunkt weiter hinten im Jahr liege?

Kerstin Stappenbeck (SenBJF) teilt mit, dass ein schriftlicher Bericht erstellt werde, um die Fragen detailliert beantworten zu können. – Die Mittelabflüsse fänden erst nach 12 Monaten statt. Es sei korrekt, dass das Taschengeld erhöht und die Fahrtkosten mit reingenommen worden seien. Seit dem 1. September 2023 sei auch neu eingeführt worden, dass Träger, die benachteiligte Jugendliche in ein FSJ/FÖJ brächten, eine höhere Pauschale von 250 Euro bekämen. Damit solle der Anteil von Jugendlichen, die zum Beispiel in stationären Jugendhilfen oder Pflegefamilien untergebracht seien, am FSJ/FÖJ erhöht werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass ein schriftlicher Bericht zur zweiten Lesung des Einzelplans 10 am 10. November 2023 erwartet werde.

Titel 28290 – Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke –

Silke Gebel (GRÜNE) bittet im Kontext des FSJ/FÖJ um Erläuterung, ob es sinnvoll sei, die Förderung dieser Träger aus dem Jugendbereich aus der Verwaltung herauszunehmen und wieder über die Lotto Stiftung Berlin zu finanzieren. Lotto sei ein flexibles Förderprogramm. Es gebe Bedarfe der Träger, auch auf diese Lotto-Mittel zugreifen zu können. Das sei bislang nicht möglich, weil es die Zuweisungen an das Land Berlin gebe, sodass die Mittelausgabe über das Land Berlin laufe. Das führe dazu, dass es keine niedrigschwelligen, lottofinanzierten Angebote gebe, sondern alle Angebote über die Jugendverwaltung liefen.

Kerstin Stappenbeck (SenBJF) weist hin, dass das eine finanzielle Frage sei. Diese enormen Mittel müssten mit Mitteln aus dem Landeshaushalt abgelöst werden, um neu starten zu können. Das müsse bedacht werden.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0921 C zur Kenntnis.

c) Bericht SenBJF – III C 15 – vom 30.06.2023 — 0973 B
Umsetzung des Jugendfördergesetzes — Haupt
gemäß Auflage B. 133 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23
(in der 39. Sitzung am 30.08.2023 von der Konsensliste genommen und zur 1. Lesung des Einzelplans 10 zurückgestellt)

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) unterstreicht, dass das Jugendfördergesetz richtig sei und wichtige Entwicklungen angestoßen habe.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0973 B zur Kenntnis.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet, dass im Bericht zu diesem Titel auch die Prävention von Jugendgewalt aufgenommen werde.

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF) erläutert, dass es konkret um die Einrichtung einer Jugendwohnagentur gehe. Das sei eine konzeptionelle Leistung, die erst erbracht werden müsse, bevor sie im Hauptausschuss vorgestellt werden könne. Dazu werde im Bericht ausgeführt.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt nach, wann das Konzept vorliege.

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF) antwortet, dass die Erarbeitung für 2024 vereinbart sei und wahrscheinlich Ende 2024 vorgelegt werde.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Dr. Kristin Brinker (AfD) fragt nach, ob es das Ziel des TA 2, Startprogramm Platzausbau Hilfen zur Erziehung, sei, bestehende stationäre Angebote so auszubauen, dass anderswo fehlende Plätze, die aus Personalmangel nicht mehr besetzt werden könnten, dort zusammengefasst würden.

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF) erläutert, dass bestehende Strukturen ausgebaut würden, um einen besseren Personalschlüssel der Betreuung zu erreichen. In diesem Kontext werde auch das Thema der Neustrukturierung des Kinder- und Jugendnotdienstes miteinbezogen. Das werde ein Gesamtkonstrukt, das auf bestehende Strukturen der Kooperation zwischen öffentlichen und privaten Trägern aufsetze. Der Fachkräftemangel sei auch bei den freien Trägern akut.

Titel 68425 – Zuschüsse für freie Jugendarbeit –

Silke Gebel (GRÜNE) bittet um Erläuterungen, warum der TA 23, KinderKulturMonat, sowie der TA 15, Zuschuss für die Umsetzung des Landeskonzepts Antisemitismus, Antidiskriminierung, gestrichen würden. Sei das im Kontext der Demokratieförderung sinnvoll? Warum werde der TA 1, Zuschüsse für Verstärkung der Jugendarbeit, leicht abgesenkt, während der TA 5, Zuschüsse für die Umsetzung des Kinder- und Jugendschutzes nach dem Bundeskinderschutzgesetz, erhöht werde? Gebe es dort Bundeszuschüsse?

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF) weist hin, dass das letztlich Folgen der finanziellen Einschränkungen und daraus folgenden Schwerpunktsetzungen seien.

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet, dass in den schriftlichen Berichten auf die Fragen des Fachausschusses die Teilansätze dieses Titels besser erläutert und Begründungen der Kürzungen mitgeliefert würden. – Bezüglich der queeren Jugendzentren gebe es Medienberichte, dass die Zentren in Treptow und Spandau nicht mehr unterstützt würden und ihre Tätigkeit einstellen müssten. Sei das korrekt oder gebe es noch eine Finanzierung durch die Bezirke? Generell bitte er um einen Bericht, der in einer Gesamtschau auch die bezirkliche finanzielle Unterstützung aufliste.

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) unterstreicht, dass dieser Doppelhaushalt schwierigen finanziellen Voraussetzungen unterliege. Kürzungen seien kein Ausdruck einer inhaltlichen oder fachliche Abwägung oder einer geringen Wertschätzung. Bei den Zentren

und der queeren Arbeit sei der Aufwuchs zwar gestoppt, aber die Arbeit werde trotzdem fortgesetzt.

Kerstin Stappenbeck (SenBJF) führt aus, dass in den letzten Jahren durch gesamtstädtische Mittel aus dem Jugendfördergesetz das Ziel verfolgt worden sei, dass die Jugendlichen in den Bezirken mehr queere Orte hätten. Die Bezirke hätten mit den gesamtstädtischen Mitteln und aus Mitteln des Flexibudgets Projekte umgesetzt. Die SenBJF selbst betreibe das gesamtstädtische queere Jugendzentrum Lambda. Eine Gesamtübersicht könne schriftlich aufgelistet werden. Die Mittel der Zentren in Spandau und Treptow würden um 100 000 Euro abgesenkt, hätten aber noch die Möglichkeit, aus den 2,5 Mio. Euro des Jugendgewaltgipfels weitere Mittel zu beantragen.

Bezüglich des Aufwuchses im TA 5 gelte, dass der Berliner Notdienst Kinderschutz drei zusätzliche Standorte bekommen solle, je einmal für Kinder, Jugendliche und jugendliche Obdachlose. Die Plätze würden im Rahmen einer neuen Gesamtkonzeption des Berliner Notdienst Kinderschutz geschaffen. Das geschehe in Abstimmung mit den Bezirken. Die Absenkung begründe sich mit den Ist-Ausgaben.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass ein schriftlicher Bericht zur zweiten Lesung des Einzelplans 10 am 10. November 2023 erwartet werde.

Dr. Kristin Brinker (AfD) bittet, dass eine Gesamtübersicht über alle Titel und Summen, die sich auf Maßnahmen zur Prävention von Jugendgewalt bezögen, übermittelt werde.

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF) weist hin, dass eine derartige Übersicht für alle Mittel des Landes, der Bezirke und der Träger bereits existiere und übermittelt werde.

Titel 68435 – Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe –

Silke Gebel (GRÜNE) bittet, dass ein schriftlicher Bericht zur Jugendberufsagentur und aufsuchenden Angeboten erstellt werde. Wie stelle sich das dar? Wie hänge sie mit dem 11. Pflichtschuljahr zusammen? Gebe es Maßnahmen, wie das 11. Pflichtschuljahr durch die Jugendberufsagentur begleitet werde? Sei etwas Finanzrelevantes vergessen worden? Sei das titelübergreifend?

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF) erinnert daran, dass gerade ein Bericht zur Jugendberufsagentur zur Kenntnis genommen worden sei. Darin gehe es um die Coaching-Mittel, die ein Teil der aufsuchenden Arbeit seien, die spezifiziert und weiterentwickelt werden sollten. Das hänge auch ein Stück weit mit dem 11. Pflichtschuljahr zusammen. – Der Slogan der Jugendberufsagentur sei, dass keiner verloren gehen solle. Mit diesem Ziel müssten die Instrumente zur Erreichbarkeit von sonst unerreichbaren Jugendlichen weiterentwickelt werden.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet, dass zum Titel 68644 – Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ – ein Abschlussbericht zur Mittelverwendung erstellt werde. Es sei ausreichend, wenn dieser 2024 vorliege.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass ein schriftlicher Bericht bis zum 31. März 2024 erwartet werde.

Kapitel 1043 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Berliner Notdienst Kinderschutz –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1045 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Sonstige Aufgaben nach und Leistungen außerhalb SGB VIII –

Mitberaten werden:

a)	Schreiben des Senators für Finanzen – II C 22 – vom 26.09.2023 **Dringende Zustimmung zu unvorhergesehenen und unaufschiebbaren Ausgaben im Rahmen eines Konsultationsverfahrens gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2 HG 22/23**	1162 Haupt
b)	Schreiben Senat von Berlin – BJF III B / III AbtL BfdH – vom 27.09.2023 **Nachträgliche Unterrichtung über überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 49.785.050 € gemäß Auflage A.1 (Drs. 19/0400) und vorherige Zustimmung im Konsultationsverfahren nach § 5 Abs. 1 Satz 2 Haushaltsgesetz 2022/2023 zur beabsichtigten Zulassung von weiteren überplanmäßigen Ausgaben bis zur Höhe von 26.391.500 € bei Kapitel 1045, Titel 67147 für die Erfüllung der gesetzlichen Pflichtaufgabe des Landes Berlin zur Inobhutnahme von unbegleitet eingereisten minderjährigen Flüchtlingen gem. §§ 42 und 42a ff. SGB VIII gemäß Auflage A. 1 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23**	1162 A Haupt

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, den Schreiben rote Nr. 1162 und Nr. 1162 A zuzustimmen. Die Bericht werden zur Kenntnis genommen.

Titel 68435 – Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt nach, ob zum TA 7, Kurzzeitwohnen, dem Fachausschuss bereits ein Konzept vorgelegt worden sei. Wenn nein, solle es hier übermittelt werden.

Kerstin Stappenbeck (SenBJF) antwortet, dass das angefragt sei, aber die Mittel erst 2025 zur Verfügung stünden. Daher laufe derzeit die Konzeptphase mit Einbeziehung aller Akteure. Das Konzept werde 2024 fertig gestellt und 2025 umgesetzt.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet, dass das Konzept nach Fertigstellung dem Hauptausschuss vorgelegt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass so verfahren werde.

Kapitel 1051 – Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1061 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Schulentwicklungsplanung und Schulbau für öffentliche allgemeinbildende Schulen –

Mitberaten werden:

a) Bericht Senat von Berlin – SenBJF STS AS SG Ltg – 25.07.2023 — 0999 A Haupt
Bericht der Taskforce Schulbau zum Maßnahmen- und Finanzcontrolling zum Schulbauprogramm (Fortschrittsbericht) – Bericht für das Jahr 2022
gemäß Auflage A. 1 und B. 71 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23 und Berichtsauftrag aus der 26. Sitzung der 18. WP vom 29.11.2017)
(in der 39. Sitzung am 30.08.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 10 zurückgestellt)

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) greift auf, dass in Charlottenburg-Wilmersdorf und Lichtenberg die Lehrkräftebedarfsplanung noch nicht hätte aktualisiert werden können. Gebe es inzwischen eine Einigung? Wann sei mit Ergebnissen zu rechnen?

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) antwortet, dass derzeit der Einigungsprozess über die Ergebnisse des Monitorings laufe, in dem beide Seiten ihre Sichtweisen artikulieren könnten, um dann konsentiert in die Prognoserechnung einfließen zu können.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0999 A zur Kenntnis.

b) Bericht SenBJF – StS AS SG Ltg – vom 22.08,2023 — 1010 A Haupt
Synoptische Gegenüberstellung Alternatives Verfahren zur Bereitstellung von temporären Ausweich- und Zusatzmaßnahmen in Systembauweise zum Regelverfahren
(Berichtsauftrag aus der 37. Sitzung vom 07.06.2023)
(in der 39. Sitzung am 30.08.2023 von der Konsensliste genommen und zur 1. Lesung des Einzelplans 10 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1010 A ohne Aussprache zur Kenntnis.

c) Bericht SenBJF – StS AS SG 1 – vom 11.09.2023 0715 B
Sachstandsbericht zum Rahmenvertrag Holz-Compartmentschulen insbesondere zu Standorten und Schulen, zur Priorisierung mit Begründung und zur Finanzierung Haupt
(Berichtsauftrag aus der 36. Sitzung vom 17.05.2023)
(in der 41. Sitzung am 20.09.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 10 zurückgestellt)

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt nach, warum sich nicht alle zehn Schulbaumaßnahmen in der Investitionsplanung wiederfänden.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) weist hin, dass die Investitionsplanung einen längeren Zeitraum umfasse. Daher sei darauf geachtet worden, dass die ersten Abrufungen und insbesondere die Mindestabnahmemenge etatisiert seien, damit die Tranche 5 A der Holz-Compartmentschulen planmäßig in diesem Quartal starten könne. Sieben Standorte seien bereits im Investitionsprogramm. Die restlichen würden bei den nächsten Haushaltsberatungen je nach finanzieller Lage einbezogen.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0715 B zur Kenntnis.

d) Bericht SenStadt – V C 13 – vom 21.06.2023 0945 A
Neubau einer Holzmodulschulbauweise am Standort Landsberger Str. / Bisamstr.
hier: Planungsstand, geplanten Abrufe, Priorität und Finanzierung Haupt
(Berichtsauftrag aus der 34. Sitzung vom 19.04.2023)
(in der 39. Sitzung am 30.08.2023 von der Konsensliste genommen und zur 1. Lesung des Einzelplans 10 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0945 A ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Silke Gebel (GRÜNE) bittet um Erläuterung, was der TA 4, Planungskosten ÖPP/ÖÖP, sei.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) erläutert, dass Teile der Schulbauoffensive gemäß den Richtlinien der Regierungspolitik als ÖPP umgesetzt werden könnten. Es gebe aber verschiedene ÖPP-Modelle. Der TA habe das Ziel, die Rechtsgrundlagen zu erarbeiten und die Erfahrungen auch anderer Bundesländer mit ÖPP-Modellen mit rechtlicher Expertise auszuwerten, um dann festlegen zu können, welches Modell genutzt werden solle.

Silke Gebel (GRÜNE) fragt nach, ob das bedeutete, dass es neben Kooperationen mit der HOWOGE und der Berlinovo auch Kooperationen mit privaten Wohnungsbauunternehmen geben solle. Gebe es bereits Vorstellungen, welche Wohnungsunternehmen miteinbezogen würden, oder gehe es eher um Bauunternehmen?

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) antwortet, dass es um weitere, dritte Akteure gehe. Es gebe aber noch keine Festlegung. Zunächst müsse eine Rechtsgrundlage erarbeitet werden. Dann werde dem Fachausschuss vorgestellt, wie sich das präferierte ÖPP-Modell ausgestalte.

Silke Gebel (GRÜNE) bittet, dass ein schriftlicher Bericht erstellt werde.

Torsten Schneider (SPD) weist hin, dass es nicht nur um die Richtlinien der Regierungspolitik gehe, sondern auch um die Parlamentspolitik. Das Parlament habe den Auftrag vom Senat, das Haushaltsgesetz entsprechend zu ändern, was offensichtlich mit diesem Haushaltsansatz korrespondiere.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass ein schriftlicher Bericht zur zweiten Lesung des Einzelplans 10 am 10. November 2023 erwartet werde.

Kapitel 1051 – Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1080 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Schule in der digitalen Welt –

Mitberaten werden:

a) Bericht Senat von Berlin – BJF StS AS SDW Ltg – vom 19.09.2023 — 0576 A Haupt
Umsetzungsstand der Digitalisierungsstrategie „Bildung in der digitalen Welt“, Digital-Pakt Schule inklusive aller Zusatzvereinbarungen
gemäß Auflage B. 70 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23

b) Bericht SenBJF – StS J SDW Ltg – vom 05.09.2023 — 0826 F Haupt
Mobile Endgeräte für Schülerinnen und Schüler hier: Beantwortung der Fragen der Bündnis 90/ Die Grünen (nur Teil a)) und der Fraktion Die Linke
(Berichtsauftrag aus der 37. Sitzung vom 07.06.2023)
(in der 40. Sitzung am 13.09.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 10 zurückgestellt)

Stefan Ziller (GRÜNE) beantragt, dass die Berichte unter a und b zur zweiten Lesung vertagt würden. Bis dahin könnten auch die Berichte zu den Fragen des Fachausschusses konsultiert werden.

Silke Gebel (GRÜNE) bittet, dass der Bericht rote Nr. 0576 A in den Fachausschuss überwiesen werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Berichte rote Nr. 0567 A und 0826 F zur zweiten Lesung des Einzelplans 10 am 10. November 2023 vertagt würden. Der Bericht rote Nr. 0567 A werde dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie überwiesen.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet, dass zu TA 4, mobile Endgeräte, des Titels 52509 – Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT – berichtet werde, ob es bereits einen Anbieter gebe, ob ein Standard ausgewählt worden sei und wann der Rollout beginne. Außerdem solle eine Darstellung des Mittelabflusses für 2022 sowie für den aktuellen Stand des Jahres 2023 erstellt werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass ein schriftlicher Bericht zur zweiten Lesung des Einzelplans 10 am 10. November 2023 erwartet werde.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet, dass zum Titel 54010 – Dienstleistungen –, Schule in der digitalen Welt, ein Bericht ausführen solle, welche Verfahren europaweit ausgeschrieben werden müssten und welches Auftragsvolumen diese jeweils hätten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass ein schriftlicher Bericht zur zweiten Lesung des Einzelplans 10 am 10. November 2023 erwartet werde.

Silke Gebel (GRÜNE) fragt zum Titel 52509 – Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT –, ob und wie kontrolliert werde, ob die angeschafften digitalen Lernmittel auch genutzt würden. Seit der Pandemie habe es eine Beschleunigung der Digitalisierung gegeben, und es würden große Summen investiert. Deswegen müsse sichergestellt sein, dass die Anschaffungen wie Lernraum Berlin auch den gewünschten Effekt hätten.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) stimmt zu, dass es seit der Pandemie eine Beschleunigung gegeben habe. Einiges sei aufgebaut worden, und die Nutzung werde mit pädagogischen Konzepten sowie Aus- und Fortbildungen angeregt. Es werde auch darauf hingewiesen, dass manchmal rechtliche Zwänge wie der Datenschutz verlangten, die Angebote wie Lernraum Berlin zu nutzen. Zu Lernraum Berlin und anderen Angeboten gebe es Nutzerzahlen, sodass das schriftlich beantwortet werden könne.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass ein schriftlicher Bericht zur zweiten Lesung des Einzelplans 10 am 10. November 2023 erwartet werde.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet, dass zum Titel 81228 (neu) –Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur – ein Fortschrittsbericht bis zum Sommer 2024 erstellt werde. Werde es einen DigitalPakt Schule 2.0 geben, und wie sei dieser konzeptionell ausgestattet?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass bis zum 30. Juni 2024 ein Bericht erwartet werde. – Die erste Lesung des Einzelplan 10 sei damit beendet.

Einzelplan 27

Kapitel 2710 – Aufwendungen der Bezirke – Bildung, Jugend und Familie –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet, dass zum Titel 68435 – Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe –, TA 1, Flexibudget, ein Fortschrittsbericht erstellt werde, der die Erfahrungen mit der Nutzung der Mittel aus dem Flexibudget als Präventionsmaßnahme vor den Hilfen zur Erziehung untersetze. Die leichte Absenkung sei bedauerlich, weil die Fachverwaltung geäußert habe, dass die Entwicklung positiv gewesen sei, da damit die Inanspruchnahme der Hilfen zur Erziehung habe verringert werden können. Das Flexibudget sei unter anderem aus dem Grund, mit präventiven Maßnahmen die hohen Fallzahlen bei den Hilfen zur Erziehung abzusenken, eingeführt worden. Die Entwicklung müsse im Bericht detailliert dargestellt werden, um den Prozess konstruktiv begleiten zu können. Gerade wegen der schwierigen Haushaltslage sei es hilfreich, mit solchen Maßnahmen gegenzusteuern. Deswegen wolle sie das im Hauptausschuss oder im Unterausschuss Bezirke, Personal und Verwaltung aufrufen.

Zum TA 2, Prävention von Jugendgewalt, solle berichtet werden, warum dieser einen eigenen Teilansatz bekommen habe. Laut der Beschreibung sei das ein Erweiterungsprogramm des Flexibudgets, das für den Ausbau von offenen Familienwohnungen, Community Working und die Arbeit mit Eltern von gewaltbereiten älteren Jugendlichen genutzt werden solle. Solle damit sichergestellt werden, dass das Budget durch die Bezirke nur dafür genutzt werden könne?

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF) teilt mit, dass aktuelle Berichte zum Flexibudget vorlägen und zur Verfügung gestellt würden. Der TA 2 sei zur Transparenz der Ergebnisse des Jugendgewaltgipfels gesondert ausgewiesen. Damit verbunden sei auch eine Priorisierung.

Kerstin Stappenbeck (SenBJF) stellt klar, dass es keine Kürzung gegeben habe. Im Rahmen des neuen Verfahrens für die Erziehungs- und Familienberatungsstellen sei 1 Mio. Euro für eine zusätzliche Psychologenstelle je Beratungsstelle eingestellt worden. Dieser Betrag sei nun in die Globalsumme verschoben worden. Insgesamt seien es immer noch 7,2 Mio. Euro. In einem anderen TA sei das Berichtswesen verankert. Das Berichtswesen sei digital aufgebaut worden, und mittlerweile hätten 10 000 Nutzer Feedback gegeben. Zur Auswertung dessen sei für den Unterausschuss ein Bericht erstellt worden, der sofort weitergeleitet werden könne. – Zu den Ergebnissen des Gewaltgipfels gebe es auch ein Monitoring, um prüfen zu können, was mit dem Gipfel erreicht worden sei. Auch deshalb sei der TA 2 extra ausgewiesen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass zur zweiten Lesung des Kapitels 2710 am 10. November 2023 ein Bericht vorgelegt werde.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.